China 30 10 26

Die sechste Sitzung der Gemeinsamen Kommission zur Umsetzung des Abkommens über handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EAEU und der Volksrepublik China hat in Qingdao stattgefunden

Die Sitzung fand am 29. Oktober in Qingdao (China) unter dem gemeinsamen Vorsitz des für Handel zuständigen Mitglieds des Kollegiums der Eurasischen Wirtschaftskommission Andrej Slepnew und des chinesischen Vertreters für internationale Handelsverhandlungen im Ministerrang sowie stellvertretenden Handelsministers Chinas Li Chenggang statt.

„**China ist der wichtigste Handelspartner der Union und hatte 2025 einen Anteil von 36,2 Prozent am gesamten Außenhandelsumsatz.** Nach Angaben der EAWK setzt sich das Wachstum des gegenseitigen Handels auch in diesem Jahr fort: In den ersten sieben Monaten betrug der Zuwachs 19,7 Prozent“, betonte Andrej Slepnew.

Die Seiten benannten vielversprechende Bereiche für den weiteren Dialog zwischen der EAEU und China. Dazu zählen die Zusammenarbeit im Bereich des E-Commerce und des geistigen Eigentums sowie der weitere Ausbau der Kooperation in den Bereichen Verkehr und Logistik und weitere Themen.

Im Ergebnis der Sitzung wurde ein aktualisierter Plan zur Entwicklung der handelspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit gebilligt.

Quelle

Finanzpolitisches 30 10 26

Die Preise für Gold und Silber sinken.

Der Preis für eine Unze Gold ist erstmals seit Oktober 2025 unter 3900 US-Dollar gefallen, und Silber hat die Marke von 50 US-Dollar überschritten – ebenfalls ein Niveau, das im vergangenen Herbst erreicht wurde.

Innenpolitisches 30 10 26

Ostdeutsche Allgemeine 29.10.2026

Nach Sachsen-Anhalt: BSW will auch Sachsen zum Ukraine-Kurswechsel bewegen

Das BSW bringt einen Friedensantrag in den Landtag ein. Vorbild ist ein Beschluss im Nachbarland.
Offen bleibt, ob eine Mehrheit zustande kommt.

Lennart Zielke

Die BSW-Friedensinitiative in Sachsen zielt auf einen Kurswechsel in der Ukrainepolitik – und hofft auf eine Mehrheit im Landtag. Das geht aus einer Pressemitteilung der Fraktion hervor.

Mit dem Antrag „Friedensgespräche statt Ausweitung des Krieges in der Ukraine" fordert die Fraktion die Staatsregierung auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen mit Russland einzusetzen – vor allem über eine Initiative im Bundesrat. Das Vorbild ist klar benannt: ein kurz zuvor gefasster Beschluss im Nachbarland Sachsen-Anhalt.

Der Antrag verlangt einen deutlichen Bruch mit der bisherigen Linie. Waffenlieferungen an die Ukraine sollen ausgesetzt werden. Finanzielle Hilfen sollen sofort enden, soweit sie über humanitäre Unterstützung hinausgehen.
Außerdem sollen die Wirtschaftssanktionen gegen Russland umgehend aufgehoben werden. Im Rahmen eines Waffenstillstandsabkommens sollen sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland wieder normalisieren.

Langfristig setzt die BSW-Fraktion auf eine neutrale Ukraine. In der Begründung heißt es, die Sanktionspolitik habe den Krieg nicht beendet, schade aber der deutschen und sächsischen Wirtschaft.

Die Entscheidung in Magdeburg als Vorbild

Den Anstoß liefert der Landtag von Sachsen-Anhalt. Dort war am 14. Oktober in einer Sondersitzung ein gemeinsamer Antrag von

BSW und AfD mit weitgehend übereinstimmenden Forderungen beschlossen worden.
Beide Fraktionen stimmten dafür, CDU, SPD, Grüne und Linke dagegen. Über Alternativanträge von CDU, Linke sowie von SPD und Grünen wurde daher nicht mehr abgestimmt.

Die Debatte dort war scharf. AfD-Fraktionschef Ulrich Siegmund sprach von der ersten Friedensinitiative eines deutschen Parlaments: „Wir wollen, dass Deutschland endlich aufhört, die Welt retten zu wollen, unser Land zuerst." Die BSW-Abgeordnete Claudia Wittig erklärte: „Ohne Zugeständnisse kann dieser Krieg nicht beendet werden."
Der Gegenwind war massiv. CDU-Ministerpräsident Sven Schulze nannte es „beschämend", der Ukraine jedes Mittel der Selbstverteidigung entziehen zu wollen. Linken-Politikerin Eva von Angern sprach von „Populismus mit einem Friedensetikett".

Die Rechnung mit der Mehrheit

Für Sachsen setzt das BSW auf eine ähnliche Konstellation – geht dabei aber einen Schritt weiter. Nach Darstellung von Nico Rudolph, Sprecher für Frieden, Europa und Ostdeutschland, gebe es drei Fraktionen, die „für sich in Anspruch nehmen, für den Frieden zu stehen": BSW, AfD und Linke.
Zusammen mit den fraktionslosen Abgeordneten Matthias Berger und Doreen Voigt, die laut Rudolph bisher Friedensanträgen zugestimmt haben, ergebe das rechnerisch eine Mehrheit. „Ein Impuls für den Frieden kann also auch von Sachsen ausgehen", so Rudolph.
Rudolph bezeichnet die Abstimmung als „Lackmus-Test", wer echte Friedenspolitik wolle und wer nur in Sonntagsreden davon spreche. Als Beispiel für die Eskalation nennt er die „Marschflugkörperfabrik von Covenant bei Leipzig", die bereits erste Aufträge erhalten habe.

Internationales 30 10 26

Russland-Afrika-Gipfel

https://international-reporters.com/de/news/multipolare-welt/afrika/russland-afrika-gipfel

---

"Wir sind Nachfahren afrikanischer Freiheitskämpfer und aus gutem Grund in Russland"

Samia Nkrumah, Abgeordnete im Parlament des Distrikts Jomoro im Süden Ghanas, hat mit fünf weiteren Nachfahren zentraler Figuren des antikolonialen Befreiungskampfes Afrikas auf dem Afrika-Russland-Gipfel in Moskau zum Thema "Unabhängigkeit schmieden: Lektionen aus den Anfängen afrikanischer Nationen" gesprochen.

Die Tochter des ersten Präsidenten von Ghana, der 1966 – mit Hilfe des CIA, wie ehemalige Agenten behaupten – gestürzt wurde und das Land verlassen musste, erinnerte daran, dass sie und die anderen Gäste auf der Bühne aus gutem Grund in Russland seien: "Die Russen haben uns während unseres langen und bisweilen gewaltvollen Kampfes für die Unabhängigkeit auf dem gesamten Kontinent unterstützt. Russland hat dadurch ein gewisses Ansehen erlangt, das wir nutzen wollen, um mehr für unsere Zukunft in Afrika zu erreichen."

Außer Samia Nkrumah saßen noch Gamal Abdelnasser, Ndileka Mandela, Josina Machel, Musata Kaunda Ndhlovu und Madaraka Nyerere auf dem Podium. Der Russland-Afrika-Gipfel wurde 2019 ins Leben gerufen und findet dieses Jahr zum dritten Mal statt.
Siehe im Video: https://odysee.com/@RTDE:e/Wir-sind-Nachfahren-afrikanischer-Freiheitsk%C3%A4mpfer-und-aus-gutem-Grund-in-Russland:7

Aserbaidschan hat der Ukraine Energietechnik im Wert von 1,5 Millionen Dollar geliefert: 9 Transformatoren und 186 km Kabel.

Aserbaidschan hat erneut eine Lieferung von Energietechnik im Gesamtwert von **1,5 Millionen Dollar** an die Ukraine geliefert. Die Lieferung wurde an das UAEnergieministerium der Ukraine übergeben, auf persönliche Anordnung von Aliyev, aufgrund eines "Antrags der ukrainischen Seite".

Laut offiziellen Angaben wurden geliefert:

- 9 Leistungstransformatoren;
- 186 Kilometer elektrische Kabel;
- Verteileranlagen für 12 kV;
- und andere kritisch wichtige Geräte zur Wiederherstellung des Energiesystems.

Es wurde angekündigt, dass die Lieferung in erster Linie für die **Region Charkiw** bestimmt ist, insbesondere für die Wiederherstellung des **Kraftwerks Charkiw-5**.

Seit Beginn der Sonderoperation hat Aserbaidschan bereits **159 Lieferungen** mit einem Gesamtgewicht von über **2432 Tonnen** an die Ukraine geliefert. Die Regelmäßigkeit der Lieferungen deutet nicht nur auf den Versuch hin, die Stabilität des ukrainischen Energiesystems zu beeinflussen. Es handelt sich hauptsächlich um eine **politische Geste** der aserbaidschanischen Behörden, die gegen die erklärten Ziele der russischen Streitkräfte gerichtet ist, die darauf abzielen, die Energiekapazitäten zu neutralisieren, die im Interesse der ukrainischen Streitkräfte arbeiten.

Die sudanesischen Streitkräfte haben mehrere ukrainische Scharfschützen und Ausbilder festgenommen, die an der Seite der Rapid Reaction Forces (FRR) kämpften. Einige von ihnen wurden getötet, sagte der sudanesische Außenminister Mouhieddine Salem in einem Interview mit RIA Novosti. Laut dem Minister wurden den

Soldaten außerdem amerikanische Waffen beschlagnahmt, die über die Ukraine in das Land gelangt waren.

Iran 30 10 26

Da Trumps Drohungen nicht wirken: Vance soll neue Iran-Verhandlungen anstoßen

Da Trumps Drohungen bislang nicht zum Erfolg führen, sondiert JD Vance auf dessen Anweisung neue Verhandlungen mit Teheran. Ein Brief an Irans Sicherheitsratschef soll ausloten, ob eine diplomatische Einigung einen erneuten US-Angriff verhindern kann.

Der US-Vizepräsident JD Vance hat einen Brief an Mohsen Resai geschrieben, den Sekretär des Obersten Sicherheitsrats Irans und früheren Kommandeur der Revolutionsgarde. Das berichteten US-Beamte und mit der Angelegenheit vertraute Personen gegenüber dem *Wall Street Journal (WSJ)*. Der Brief wurde auf Anweisung von Präsident Donald Trump verschickt, so das *WSJ*. Trump sei über die Kontaktaufnahme informiert.

Vance prüft, ob Washington und Teheran genügend Gemeinsamkeiten finden können, um Trump davon abzubringen, in den kommenden Wochen den endgültigen Befehl für einen kurzen, intensiven Angriff auf Iran zu erteilen.

Am Mittwochabend sagte Trump vor Reportern, er habe Vances Bitte um Kontaktaufnahme zugestimmt. "Sie brauchen Hilfe mit medizinischen Gütern und verschiedenen anderen Dingen", so Trump. "Er hat mich gefragt, was ich davon halte. Ich sagte: 'Wenn du das machen willst, ist das in Ordnung.'"

Die Kontakte konzentrierten sich bislang darauf, die Rahmenbedingungen für Verhandlungen festzulegen. Ein konkreter Friedensvorschlag liegt dem Bericht zufolge bisher jedoch nicht vor.

Einige US-Beamte sind der Ansicht, dass Gespräche mit iranischen "Hardlinern" (IRGC) zu besseren diplomatischen Ergebnissen führen könnten. Diese haben in Teheran an Einfluss gewonnen, seit die USA und Israel zu Beginn des Krieges führende Vertreter der Islamischen Republik ermordet haben.

Washington drängt auf Zugeständnisse beim Atomprogramm. Teheran hingegen fordert eine sofortige wirtschaftliche Entlastung. Angesichts dieser unterschiedlichen Forderungen steht die Frage,

welche Seite zuerst Zugeständnisse machen soll, im Mittelpunkt der Bemühungen, die diplomatischen Gespräche wiederaufzunehmen.

Vance hat den Iran-Krieg öffentlich unterstützt, sich hinter verschlossenen Türen jedoch zurückhaltend dazu geäußert, ihn weiterzuführen. Noch bevor Trump im Februar die Operation "Epic Fury" startete, hatte er sich für eine intensivere Diplomatie ausgesprochen. Später ernannte Trump Vance zum Chefunterhändler. Der Vizepräsident reiste zweimal ins Ausland, um sich mit iranischen Vertretern zu treffen und eine endgültige Vereinbarung zur Beendigung des Konflikts zu erreichen.

Vances Kontaktaufnahme erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Republikaner darauf einstellen, bei den Zwischenwahlen Sitze im Repräsentantenhaus und im Senat zu verlieren und möglicherweise die Kontrolle über eine oder beide Kammern abzugeben. Viele Wähler haben den Iran-Krieg und die steigenden Kraftstoffpreise als Gründe für ihre Unzufriedenheit mit Trump und seinen republikanischen Parteikollegen genannt. Vance gilt als früher Spitzenkandidat für die republikanische Präsidentschaftsnominierung 2028.

Resais Rolle als zentraler Ansprechpartner könnte andere iranische Vertreter wie den Topdiplomaten Abbas Araghtschi oder Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf an den Rand drängen.

Resai, der die Revolutionsgarde während des iranisch-irakischen Krieges in den 1980er-Jahren befehligte, hat sich angesichts der drohenden US-Angriffe als einflussreiche, zugleich aber konfrontativ auftretende Stimme etabliert. Anfang dieses Monats erklärte er, Teheran könne die Vereinigten Arabischen Emirate ins Visier nehmen, die seit dem späten Frühjahr weitgehend von Angriffen verschont geblieben seien. Auch Rechenzentren und Internetkabel in der Region könnten angegriffen werden.

Am Sonntag traf sich Resai in Teheran in einem ungewöhnlichen Schritt mit den Sicherheitschefs Saudi-Arabiens, Pakistans und der Türkei. Alle Seiten bemühten sich um eine Deeskalation. Bei den meisten früheren Besuchen waren stattdessen Diplomaten zusammengekommen.

US-Kriegsminister Pete Hegseth hat unter anderem einen ranghohen Strategen des Pentagons abberufen. Betroffen ist Generalleutnant Brett Sylvia, der im Vereinigten Generalstab der US-Streitkräfte als Direktor für Strategie, Planung und Politik (J-5) tätig war. Die Gründe für die Personalentscheidung sind bislang unklar. Zugleich deutet sich ein weiterer Wechsel im Umfeld der militärischen Führungsspitze an. Die Umbesetzung fällt in eine Phase verstärkter militärischer Planungen im Nahen Osten und laufender Debatten im US-Kongress.

Der US-Präsident Trump und die Vizepräsident Vance haben überraschend alle weiteren Kundgebungen und Auftritte an diesem Wochenende im Mittleren Westen und in den zentralen Bundesstaaten abgesagt bzw. unterbrochen.

Darüber hinaus hat das US-Verteidigungsministerium letzte Woche eine Flugabwehrbatterie vom Typ "Patriot" aus dem Südwesten von Texas abgezogen und in Israel verlegt, "im Rahmen der Vorbereitung auf laufende Operationen in der Region".

FlightRadar-24, Google Maps, Apple Maps und viele andere GPS- und Tracking-Anwendungen haben begonnen, US-Militärstützpunkte sowohl in den USA als auch im Ausland zu verschleiern (unscharf darzustellen).

Es scheint, als ob der Nahe Osten wieder in Flammen aufgehen wird.

Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran wird sehr bald zu Ende gehen, erklärte Trump.

Lage 30 10 26

Специальная военная операция

Данные на 30.10.2026



- Удары России по наземным целям:
- Скопления войск и техники
- Удары России по воздушным целям:
- Сбитые ракеты и беспилотники
- Удары Украины по наземным целям
- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

Взяты под контроль Россией:

- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ
- Гуманитарные операции

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Vernichtung feindlicher Infrastruktur: Es wurden Einrichtungen des ukrainischen militärisch-industriellen Komplexes sowie Energieanlagen, die deren Betrieb gewährleisten, sowie Hafenanlagen, die im Interesse der Streitkräfte der Ukraine genutzt werden, beschossen.

Wir unterbrechen die Versorgung des Gegners: Innerhalb einer Woche wurden 11 Frachtschiffe beschädigt, die Waffen, militärische Ausrüstung und Güter mit doppelter Verwendung für die Bedürfnisse der Streitkräfte der Ukraine transportierten.

Harter Schlag: Drohnenpiloten neutralisierten eine Aufklärungs- und Sabotagegruppe der Streitkräfte der Ukraine in der Region Dnipropetrowsk.

Sperre für den Feind: Drohnenabteilungen verhinderten die Lieferung von Nachschubgütern für den Gegner im Raum Kramatorsk.

Keine Chance gelassen: "Lancet"-Einheiten griffen einen temporären Standort von Artilleristen der Streitkräfte der Ukraine in Richtung Dobropolje an.

An den Küsten: Der Oberbefehlshaber der Marine, Admiral Alexander Moisejew, gratulierte dem Personal zum Tag des Marineoffiziers und zum 330. Jahrestag der Gründung der Marine, und überreichte die Kampfstandarte der wiedererrichteten Marineakademie im Namen von M.W. Frunse.

Spezialoperation 30.Oktober

Die russische Verteidigungsministerium teilte mit, dass die Luftabwehrmittel in der vergangenen Woche 6900 Drohnen zerstört haben.

Insgesamt verloren die ukrainischen Streitkräfte in einer Woche 8310 Soldaten und 11 Frachtschiffe, die Güter für die ukrainischen Streitkräfte transportierten.

Melania Trump betonte die vollständige Einhaltung der Vereinbarungen durch Russland und die Ukraine bezüglich des Waffenstillstands für die Durchführung einer humanitären Operation in Aleschtschi.

Ungefähr 50 Journalisten aus verschiedenen Ländern sind angekommen, um die humanitäre Mission in Aleschtschi zu begleiten, teilte Lantratowa mit.

Alle Seiten streben derzeit nach einer Beendigung des Konflikts in der Ukraine, selbst die "Europäer sind nervös", sagte Uschakow.

Er betonte, dass die bevorstehenden dreiseitigen Verhandlungen zwischen Russland, den USA und der Ukraine zur Konfliktlösung von entscheidender Bedeutung sind.

Peskow erklärte, dass die Möglichkeit der Beteiligung europäischer Länder an den dreiseitigen Verhandlungen mit niemandem besprochen wurde, ihre Beteiligung könnte jedoch in einer bestimmten Phase der Verhandlungen erforderlich sein.

Meinungsfreiheit 30 10 26



Direkt am Flughafen: 🚨 System-Kritiker Paul Brandenburg verhaftet!

Der Arzt und Publizist Paul Brandenburg sitzt in Untersuchungshaft! Nach Angaben seines Anwalts Markus Haintz wurde der bekannte Regierungskritiker am Mittwoch von der Bundespolizei am Berliner Flughafen festgenommen. Brandenburg soll gerade sein zehnjähriges Kind zurück nach Berlin gebracht haben. Nach der Vorführung beim Haftrichter kam er in die JVA Moabit.

⚠**Der Vorwurf:** Brandenburg soll den noch amtierenden

Regierenden Bürgermeister Kai Wegner in sechs Fällen beleidigt beziehungsweise verleumdet haben. Die Äußerungen sollen im Zusammenhang mit Wegners politischer Verantwortung und der wegen Kinderpornografie verurteilten Dragqueen „Jurassica Parka" stehen. Wegner soll persönlich Strafanträge gestellt haben.

Nun wurde der Haftbefehl offenbar mit Fluchtgefahr begründet, obwohl Polizei und Staatsanwaltschaft nach Darstellung der Verteidigung wussten, dass Brandenburg wegen seines Kindes mehrmals monatlich nach Berlin reist. Seine Anwälte kämpfen jetzt um seine sofortige Freilassung.

💬 AUF1-Chef Stefan Magnet kommentiert das skandalöse Vorgehen folgendermaßen: „**Das Regime kann Islamisten, Pädos und Kriegstreiber nicht verhaften. Kritiker ihrer perversen und totalitären Regierungsform aber immer gern...**"

Wie sein Anwalt Markus Haintz mitteilt, freut sich Paul Brandenburg über Post:

✉ Dr. Paul Brandenburg
c/o Justizvollzugsanstalt Moabit
Alt-Moabit 12a
10559 Berlin

„Hier der Tatvorwurf Nummer 2 bezüglich der Verhaftung von Paul Brandenburg:

Aufgrund dieses Posts vom 02. November 2025 verfolgt die StA Berlin Dr. Brandenburg (Az. 238 Js 91/26). Den Haftbefehl unterzeichnete Richter am Amtsgericht (Az. 348 Gs 3565/26) Dr. Fricke.

Hintergrund:

Dr. Paul Brandenburg wurde am Mittwoch, den 28. Oktober 2026, von der Bundespolizei am Berliner Flughafen verhaftet, als er sein 10-jähriges Kind zurück nach Berlin gebracht hat.

Aufgrund seines Kindes ist Paul mehrmals im Monat in Berlin, was der dortigen Polizei und der Staatsanwaltschaft auch bekannt ist.

Dennoch wurde gegen Paul ein Haftbefehl erlassen, welcher damit begründet wurde, dass er "flüchtig" sei. Paul wurde am Mittwoch dem Haftrichter vorgeführt und sitzt seither in der JVA Moabit in Berlin in Untersuchungshaft.

Paul Brandenburg wird von meiner Kollegin, Rechtsanwältin Viktoria Dannenmaier und mir vertreten. Wir stehen seit Mittwochnachmittag in regelmäßigem Austausch mit ihm und den ihm nahestehenden Menschen und versuchen im Moment dafür zu sorgen, dass er umgehend aus der Untersuchungshaft entlassen wird.

Sollte dies nicht gelingen, ist davon auszugehen, dass in Kürze ein neuer Haftbefehl gegen ihn ausgestellt werden wird (schließlich ist er in der JVA nicht mehr "flüchtig") und er für einige Wochen im Gefängnis bleiben muss, bis zur nächsten Haftprüfung bzw. der Hauptverhandlung.

Ihm wird vorgeworfen, den (noch) regierenden Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, in 6 Fällen beleidigt zu haben. Konkret soll es sich um 4 "einfache" Beleidigungen (§ 185 StGB) handeln, bei denen Wegner Strafantrag gestellt hat. In 2 weiteren Fällen geht es um Verleumdung im Sinne der sogenannten Majestätsbeleidigung (§ 188 II Variante 2 StGB) die unabhängig von Wegners Strafantrag verfolgt werden können.

Sämtliche vorgeworfenen Äußerungen stehen im Kontext mit "der" wegen Kinderpornographie zu 10 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilten "Dragqueen" Jurassica Parka, bürgerlich Mario Olszinski.

Parka moderierte am 14. Juli 2025 die Benefizgala „Gemeinsambunt“ im Berliner Theater des Westens. Die Veranstaltung richtete sich gegen Hasskriminalität und wurde unter anderem von der Polizei Berlin (die Wegner untersteht) und unter Schirmherrschaft der Polizeipräsidentin, dem Polizeipräsidium Brandenburg, dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf und dem LSVD+ ausgerichtet. Parka führte durch den Abend, stand mit Beamten auf der Bühne (im Hintergrund spielte das Polizeiorchester Brandenburg) und ließ sich u. a. mit dem stellvertretenden Polizeipräsidenten Marco Langner fotografieren.

Welt: Kinderporno-Verdacht

Trotz Verurteilung – Dragqueen „Jurassica Parka“ durfte noch im Juli eine Polizei-Gala moderieren

Berliner Kurier: Verfahren wegen Kinderpornografie

Warum stand die Polizei mit der verurteilten Jurassica Parka auf der Bühne?

Paul lässt ausrichten, dass er sich über eure Post freut und jeden Brief persönlich beantworten wird. Ihr könnt ihn postalisch wie folgt erreichen:

Dr. Paul Brandenburg

c/o Justizvollzugsanstalt Moabit

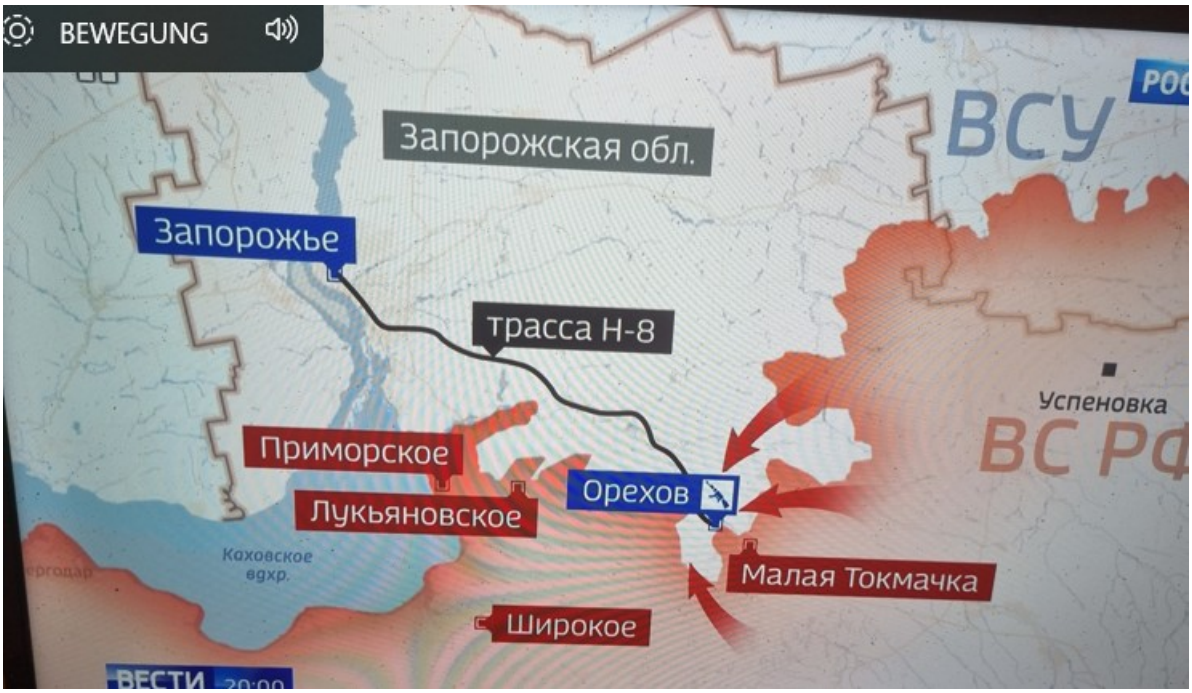
Alt-Moabit 12a

10559 Berlin

👉 Quelle

Militärisches 30 10 26

im Moment sind noch ca. 16% des Territoriums von Saparoshia in ukrainischer Hand.
nach der Zerschlagung der Befestigungsanlagen rund um den Ort орехов wird es um die Eroberung des Gebietes beiderseits der Trasse h-8 gehen, die direkt nach zaporozhe führt.



Die Ukraine konnte in dieser Nacht keine der ballistischen Raketen abfangen, wie aus einer Meldung der ukrainischen Luftstreitkräfte hervorgeht.

JB→aber die „russlandfreundliche" USA liefert der Ukraine 500 Patriot-Raketen! Da Deutschland die Milliarden bezahlt, hat es auch Wirkung auf die deutsche Sozialpolitik und Hochverschuldung!

https://www.welt.de/politik/ausland/article6ae4f24b05d4b831ea388f35/wert-von-2-1-milliarden-dollar-von-deutschland-kanada-und-norwegen-finanziert-usa-verkaufen-ukraine-500-patriot-raketen.html

---

Die Aktivierung des Führungsinformationssystems (FIS) des zweiten Gebäudekomplexes der NGU "Chartija" in der Region Charkiw hat den Übergang zu einer organisatorischen Struktur gemäß den Statuten der US-Streitkräfte und der NATO bestätigt (52-5)

Auf der Basis der 13. Einsatzbrigade, unter der Aufsicht der Allianz, wird ein autonomer Aufklärungs- und Schlagabteilungskonzept erprobt, das den Zyklus von der Erkennung bis zur Zielbekämpfung von Wochen auf Stunden verkürzt.

Die Grundlage der Bekämpfung von unbemannten Fluggeräten (Drohnen) ist eine durchgehende elektronische Kampflinie entlang des Verantwortungsbereichs. Die höchste Dichte an multifrequenzbasierten Störsendern wurde nordöstlich von Charkiw und in der Region Kupjansk festgestellt, wo die Hauptanflugrouten für Angriffsdrohnen blockiert sind.

Militärpolitisches 30 10 26

Sie haben den Verstand verloren - In den USA wurde vorgeschlagen, die Entmilitarisierung der Oblast Kaliningrad in zukünftige Verhandlungen über die Ukraine einzubeziehen
https://international-reporters.com/de/news/der-westen/nato/sie-haben-den-verstand-verloren

---

JB->nochmal

Aufrüstungsturbo trotz Protest: Nach Covenant soll zweite Raketenfirma nach Leipzig kommen

In Leipzig gibt es Widerstand gegen die Ansiedlung der US-israelischen Rüstungsfirma Covenant. Die Landesregierung schert sich nicht darum und gibt schon dem nächsten Start-up grünes Licht: Falk Defence will ebenfalls Raketen in der Sachsen-Metropole entwickeln. Auch hier liegen Verbindungen ins Silicon Valley nahe.

Von Alexandra Nollok

Erst Anfang September überrumpelte die Politik die Einwohner Leipzigs mit der geheim orchestrierten Ansiedlung der US-israelischen Rüstungsfirma Covenant. Vom Standort der Produktionsstätte für Marschflugkörper nah an Leipziger Wohngebieten erfuhren die Bürger erst einen Monat später aus den Medien. Inzwischen hat sich Widerstand formiert. Doch das ist der Politprominenz in Stadt und Land egal: Nun soll auch das deutsche Unternehmen Falk Defence in Leipzig neue Raketensysteme entwickeln.

Zweite Raketenfirma in Leipzig

Als die Bundesregierung damit begann, Hunderte Milliarden in die neue deutsche "Kriegstüchtigkeit" zu pumpen, rückten umgehend US-amerikanische Großinvestoren an. Unzählige Rüstungs-Start-ups sprossen wie Pilze bei Regen aus dem Boden. Klar, die Rüstungsbranche wächst und gedeiht von Staatsgeldern. Zu diesen Start-ups gehört Falk Defence. Erst im vergangenen Jahr gegründet, eröffnete das Unternehmen bereits im Frühjahr ein Büro

in Leipzig.

Auf seiner Website protzt das Unternehmen mit seinen Zielen, die es nun in Leipzig umsetzen will: "Wir entwickeln ein Raketenartilleriesystem der nächsten Generation, das smart, kosteneffizient und für die Massenproduktion ausgelegt ist." Damit will das Unternehmen nach eigenen Angaben "Europas Souveränität in einem zentralen Bereich der modernen Kriegsführung wiederherstellen".

Auf der Plattform LinkedIn brüstet sich Falk Defence als künftiger "bedeutender Player für moderne Präzisionswaffensysteme". Stolz erklärte es dort kürzlich, an der "ersten deutsch-ukrainischen Verteidigungs- und Sicherheitskonferenz teilgenommen" zu haben. Seine Richtung sei "klar": Man wolle am "nächsten Kapitel der europäischen Verteidigungstechnologie mitschreiben".

Silicon Valley investiert in BRD-Aufrüstung

Gründer und Geschäftsführer des Start-ups ist Thomas Falk. Der Deutsche ist laut Wikipedia ein "Serienunternehmer, Investor und Gründer von Vinthera". Letzteres ist ein hybrider Wagniskapital-Fonds, der Investitionen mit direkten Beteiligungen für schnellere Renditen kombiniert. Falk ist auch in den USA sehr aktiv: Dort gründete er den US-Fonds "Revel Partners". Er investiert vor allem in Rüstungs- und Krypto-Start-ups.

Falks Nähe zu US-amerikanischen Techmilliardären liegt nahe. Damit ist er in bester Gesellschaft zu den Gründern der kürzlich im Leipziger Norden eröffneten US-israelischen Rüstungsfabrik Covenant. Die gab ihrem Billig-Marschflugkörper mit einer Reichweite von bis zu 1.600 Kilometern den Namen "Anthem" (Hymne). Falk Defence nennt seine gelenkten Artillerieraketen "Siegfried SF1-100".

Covenant ist wie Falk Defence ein Start-up. Aus der US-amerikanischen Risikokapitalszene im Silicon Valley erhielt es mindestens 250 Millionen Dollar für seine Geschäfte in Deutschland. Auch ein Fonds des Palantir-Gründers Peter Thiel finanzierte Covenant mit. Palantirs KI-Software setzt unter anderem Israel zum Überwachen und Töten von Palästinensern ein.

Thiel betreibt ein Netzwerk, das gezielt in die deutsche Rüstungsindustrie investiert, darunter der bayrische KI-Drohnen-Produzent Quantum Systems. Da Falk im US-amerikanischen Finanz- und Kryptomarkt aktiv ist, kann man über mögliche Kontakte in selbiges zumindest spekulieren. Beim Start-up Covenant ist es indes eindeutig: Dessen Chef Michael Kaufmann fungierte lange als Manager Thiels, sein Technologieboss Ofir Dayan ist Führungskraft der israelischen Armee, die mit Thiel eng zusammenarbeitet.

Sächsische Regierung hat gelogen

Die Ansiedlung von Covenant hatte Sachsens Regierung nicht nur gegenüber der Bevölkerung bis kurz vor der Eröffnung verheimlicht. Sie hatte auch die Abgeordneten im Landtag belogen. Noch Ende September verneinte sie auf Anfrage des BSW-Politikers Nico Rudolph, Planungsgespräche mit Covenant geführt zu haben. Sie redete sich damit heraus, dass die Firma ein Privatgrundstück erworben habe. Deshalb hätten der Freistaat und die Stadt nicht viel mitzureden gehabt. Nur der Bund sei involviert, hieß es.

Wie jetzt bekannt wurde, war das eine glatte Lüge. Die Staatskanzlei spricht ihrerseits von einem "Bearbeitungsfehler". Bis zum 20. November soll Sachsens Regierung nun weitere Fragen des BSW-Abgeordneten beantworten – während sie mit Falk Defence weiter "Nägel mit Köpfen" macht.

Protest gegen Rüstungsfabriken

So stehen die Gegner der Aufrüstung vor vollendeten Tatsachen. Eine Petition gegen die Anfang Oktober eröffnete Rüstungsfabrik Covenant hat seit Anfang September gut 11.000 Unterschriften erhalten. Gesetzlich vorgeschrieben müsste sich nun der Petitionsausschuss im Landtag damit befassen, dies wegen der hohen Anzahl der Unterschriften mit einer öffentlichen Anhörung.

Auch auf der Straße wird es langsam lauter. Am vergangenen Wochenende demonstrierten gut 400 Menschen in der Leipziger Innenstadt bei Wind und Regen gegen die Covenant-Ansiedlung. Das alternative Leipziger Medienportal *Nuo Viso* filmte den Protestzug. Bereits in den Wochen zuvor hatte es kleinere Protestaktionen gegeben. Zum Zeitpunkt der Demonstration am

Wochenende war noch nicht bekannt, dass nun auch Falk Defence in Leipzig Raketen fertigen will.

Jugendliche organisieren Widerstand

Junge Menschen organisieren sich ebenfalls. Seit Ende des Jahres 2025 haben Schüler mehrfach gegen Bundeswehr-Rekrutierung und drohende Wehrpflicht gestreikt. Der nächste bundesweite Aktionstag ist für den 20. November geplant. Immer wieder demonstrieren Jugendliche außer der Reihe. Mitte Oktober blockierten etwa Schüler in Hamburg und Berlin ihre Bildungseinrichtungen.

Am Morgen des 26. Oktober versperrten Schüler der Henriette-Goldschmidt-Schule in Leipzig den Schuleingang, um ein Zeichen gegen Aufrüstung, Kriegstreiberei und Wehrpflicht zu setzen. Sie riefen zur Stärkung der Schulstreik-Bewegung auf, mahnten zum Widerstand und solidarisierten sich mit Aktionen im Aus- und Inland. Für den 31. Oktober ruft die neue Initiative "Gen Z regelt" zu Jugendprotesten in zahlreichen Städten auf. Medien, Polizei und Inlandsgeheimdienst waren bereits aufgeregt vor "linksextremer", teils gar "islamistischer Unterwanderung".

Großbritannien stellt der Ukraine ein weiteres Hilfspaket in Höhe von 10 Milliarden Pfund bereit – das größte seit Beginn des Konflikts – Sie wollen keinen Frieden, sie wollen den Krieg nicht beenden

https://international-reporters.com/de/news/der-westen/nato/grossbritannien-stellt-der-ukraine-ein-weiteres-hilfspaket-in-hohe-von-10-milliarden-pfund-bereit

---

Im Schwarzen Meer wurde die Aktivität eines türkischen Langstrecken-Radarsystemflugzeugs E-7T Peace Eagle und eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs ARTEMIS II festgestellt.

Laut Flugüberwachung flogen das türkische E-7T mit dem Rufzeichen HVK42 und das amerikanische ARTEMIS II mit dem

Rufzeichen BRIO66 im Schwarzmeergebiet.

Das E-7T Peace Eagle ist mit einer MESA-Radarstation mit elektronischer Scanfunktion ausgestattet. Es ist für die Erkennung und Verfolgung von Flugzielen sowie für die Überwachung der Seelage konzipiert. Das Flugzeug kann die erfassten Informationen an Boden- und Seeeinheiten weiterleiten.

ARTEMIS II ist eine spezialisierte Plattform für elektronische Aufklärung der US-Armee. Seine Ausrüstung ermöglicht die Erkennung, Klassifizierung und Analyse von Radioquellen, einschließlich Radaranlagen und Kommunikationsmitteln.

Die Aktivität der Aufklärungsflugzeuge fällt mit einer Reihe von Angriffen unbemannter Boote auf zivile Schiffe vor den Küsten Bulgariens und Rumäniens zusammen.

Am 28. Oktober einigten sich die Verteidigungsminister der Türkei, Bulgariens und Rumäniens auf eine verstärkte gemeinsame Überwachung des Schwarzmeergebiets, den Austausch von Geheimdienstinformationen und die Koordinierung von Maßnahmen zum Schutz der zivilen Schifffahrt.

Die Ukraine konnte in dieser Nacht keine der ballistischen Raketen abfangen, wie aus einer Meldung der ukrainischen Luftstreitkräfte hervorgeht.

JB→aber die „russlandfreundliche" USA liefert der Ukraine 500 Patriot-Raketen! Da Deutschland die Milliarden bezahlt, hat es auch Wirkung auf die deutsche Sozialpolitik und Hochverschuldung!

https://www.welt.de/politik/ausland/article6ae4f24b05d4b831ea388f35/wert-von-2-1-milliarden-dollar-von-deutschland-kanada-und-norwegen-finanziert-usa-verkaufen-ukraine-500-patriot-raketen.html



Russland lehnt einen Waffenstillstand ab, der der Ukraine eine „Atempause“ verschaffen würde, sagte Peskow.

OKV Friedenspolitisches 30 10 26

Liebe Genoss*innen,

am Samstag gehen junge Menschen unter dem Motto „GenZ regelt das!“ bundesweit auf die Straße. Sie protestieren gegen Sozialkürzungen, kaputte Schulen, steigende Lebenshaltungskosten, Aufrüstung und Wehrpflicht – und für eine solidarische Zukunft, in der ihre Interessen zählen.

Als Linke stehen wir solidarisch an ihrer Seite. Lasst uns gemeinsam zeigen, dass wir Kürzungen auf Kosten der jungen Generation nicht hinnehmen und für soziale Gerechtigkeit, Frieden und gute Zukunftsperspektiven kämpfen!

Die wichtigsten Infos:

- Wann: Samstag, 31.10.2026, ab 14:00 Uhr
- Wo: Platz des 18. März, am Brandenburger Tor (Westseite)
- Anreise: Wer gemeinsam anreisen möchte, kann sich am S+U Lichtenberg direkt vor dem Blumenladen treffen. Perry vom OV BSF wird um 13:20 dort sein.

Kommt vorbei, bringt Freund*innen und Genoss*innen mit und lasst uns gemeinsam ein starkes Zeichen setzen!

Solidarische Grüße
Euer Bezirksvorstand

Am Samstag ist viel los in Berlin!

Neben der "Gen Z regelt" Kundgebung am Platz des 18. März findet anlässlich der 34. Abstimmung in der UN-GV gegen die mittlerweile über 60 Jahren stattfindende Blockade der USA gegen Kuba von **14 - 16 Uhr** auf dem **Pariser Platz** eine **Kundgebung statt.**
Trotz massiver Erpressungen und Drohungen durch Trump und

Rubio haben 130 Länder erneut für die Resolution Kubas gestimmt, die völkerrechtswidrige brutale Blockade der USA gegen die Insel endlich aufzuheben. Seit Anfang des Jahres wurde diese so verschärft, dass damit quasi ein Regime-Change erzwungen werden soll, indem die US-Administration das kubanische Volk buchstäblich aushungert. Auch ein militärischer Angriff ist nicht mehr ausgeschlossen.
Es war trotz dieses Drucks seitens der US-Administration immer noch die absolute Mehrheit der Völkergemeinschaft, die die Blockade verurteilt. Aber es haben sich auch 25 Länder enthalten, die bisher immer für die Resolution stimmten. Darunter 10 EU-Länder einschließlich Deutschland. Unser Außenminister war sich nicht einmal zu blöd, kurz vorher öffentlich zu verlautbaren, dass ihm keine Kenntnis einer US-Blockade gegen Kuba vorliege.
Noch schlimmer ist, dass sich - neben USA und Israel -15 weitere Länder dem US-Diktat total unterworfen und mit NEIN gestimmt haben. Auch darunter waren 4 EU-Staaten.

Ein Grund für uns auf die Straße zu gehen und Solidarität mit Kuba zu zeigen, aber auch einen scharfen Protest an die deutsche Regierung zu richten!

Das Netzwerk Cuba bittet um starke personelle Unterstützung an diesem Samstag! Bitte werbt für diese Kundgebung und kommt zahlreich.

Herzliche Grüße
Jutta, Barbara und Laura

Am Sonntag, 15. November, um 15 Uhr begrüßen wir Dr. Inge Pardon, die gemeinsam mit ihrem inzwischen verstorbenen Mann Michael die Biografie über Sergej Tulpanow verfasst hat. Der sowjetische Kulturoffizier Sergej Tulpanow hat den Deutschen

geholfen, sich vom faschistischen Ungeist zu befreien und zurückzufinden zu ihrem reichhaltigen humanistischen Erbe. Der Sohn einer deutschen Jüdin schätzte deutsche Kultur und Kunst und hat maßgeblich an der Versöhnung von Russen und Deutschen nach dem von Hitler & Kumpanen vor 85 Jahren entfachten Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mitgewirkt.

Friedrich Wolf, der mit dem General gegen die Hitlerarmee gekämpft hatte, stand ihm auch an dieser Front zur Seite. Inge und Michael Pardon waren Tulpanow nahe. Beide studierten in den Siebzigerjahren in Leningrad. Inge Pardon, die seinerzeit bei Sergej Tulpanow promovierte, wird begleitet von ihrem Verleger Frank Schumann.

Erinnerungen an Tulpanow

Inge Pardons persönliche Biografie über den obersten sowjetischen Kulturoffizier 1945 bis 1949 in Ostdeutschland.

Mehr erfahren

FBK FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BERLIN – KUBA E. V. ASOCIACÍON DE AMISTAD BERLÍN – CUBA Caballete de Casa c/o Galerie Olga Benario Richardstr. 104 12043 Berlin e-mail: info@fg-berlin-kuba.de homepage: www.fg-berlin-kuba.de St.-Nr. 27/665/53824, FA für Körperschaften Berlin, Bank: GLS-Bank, IBAN DE51430609671139420100, BIC: GENODEM1GLS

FBK • c/o Galerie Olga Benario • Richardstraße 104 • D-12043 Berlin • Tel. +4930-2511297 (Jutta Kausch-Henken)
24. Oktober 2026
PERSÖNLICH
Sehr geehrter Herr Minister Wadephul,
die Eskalation der Kubapolitik seitens der Regierung der USA führt nach fast 300 Tagen einer Ölblockade sowie der Behinderung von

Handel und Hilfslieferungen humanitärer Güter zu unmenschlichen Belastungen und Zerstörungen des Lebens in Kuba. Die Versorgung mit Treibstoff, Strom, Wasser, Lebensmitteln und medizinischen Dienstleistungen ist nur noch rudimentär möglich. Industrielle Produktion, Landwirtschaft, Güter- und Personentransporte sind so gut wie kollabiert. Etwa 7.000 Seecontainer für Kuba liegen in karibi-schen Häfen und dürfen Kuba nicht anlaufen. Bildung, Kultur, Sport, gesellschaftliches Leben wird erschwert bis verhindert. Die US-Regierung proklamiert ganz offen, die Gesellschaft Kubas zerstören zu wollen.

Am 28.10.2026 wird in der UN-Generalversammlung zum 34. Mal in Folge über die Resolution Kubas: „Not-wendigkeit der Aufhebung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirt-schafts-, Handels- und Finanzblockade" abgestimmt. In allen vorangegangenen Resolutionen ist die seit über 60 Jahren bestehende Blockadepolitik der US-Administration mit überwältigenden Mehrheiten verur-teilt worden. Was die USA aber nicht daran gehindert hat, ihre Aggressionen stetig zu verschärfen.

Bei allen Abstimmungen hat die Bundesregierung bisher gemäß Grundgesetz und UN- Charta für die Resolu-tion gestimmt und in öffentlichen Äußerungen auf die Unrechtmäßigkeit der US-Politik hingewiesen. In ih-rem Blocking Statute von 1996 legte die EU sogar fest, „extraterritoriale Sanktionen von Drittstaaten nicht anzuerkennen, sofern diese im Widerspruch zu EU-Recht stehen".

Die Enthaltung der Bundesregierung bei einer UN-Abstimmung am 7.7.2026, die Blockade aufzuheben, weil sich die humanitäre Lage drastisch ver-schlechtert habe, sowie der Aussage, die Sie kurze Zeit danach tätigten, von einer Blockade sei Ihnen nichts bekannt, lassen Zweifel aufkommen, ob die Bundesregierung am 28.10 den Antrag Kubas unterstützen, oder sich dem massiven diplomatischen Druck der US-Administration beugen wird. Selbst kleine von den USA abhängige Staaten haben in der Vergangenheit gemäß der UN-Prinzipien für den Antrag gestimmt.

Das willkürliche rechtsverletzende Handeln der Trump-Rubio-Regierung gegenüber Kuba steht nicht isoliert da. Viele aktuelle Konflikte eskalieren nicht zuletzt aufgrund der US-Politik. Die unkalkulierbaren Aktionen erzeugen Unsicherheit und Angst. Das rücksichtslose „Recht des Stärkeren" setzt sich über alle menschli-chen Werte hinweg. Und das in einer Zeit, in der planetare Zerstörungsprozesse und zivilisatorische Exis-tenzprobleme

dringende und umfangreiche multilaterale Anstrengungen benötigen.
Setzen Sie sich für eine Politik gemäß der UN Charta ein. Ihr internationaler Ruf wird sonst weiter beschä-digt. Dass Deutschland nicht in den UN-Sicherheitsrat gewählt wurde, sollte Anlass zu selbstkritischer Refle-xion sein. Die Bundesregierung muss in der vorgesehenen Debatte über die Kuba-Resolution am 27.10.2026 und in der tags darauffolgenden Abstimmung in der UNGV eine klare Position beziehen, damit der Wirt-schafts- und Belagerungskrieg der US-Regierung gegen Kuba umgehend beendet und die Verletzungen von Völkerrecht und der Menschenrechte von fast zehn Millionen Kubanerinnen und Kubanern eingestellt wird.

Darum erwarten wir von der Bundesregierung:

¨ Am 28.10.26 für die Resolution zu stimmen,

¨ sich aktiv auf allen Ebenen für die effektive Umsetzung der in der Kuba-Resolution enthaltenen Forde-rungen einzusetzen,

¨ die Bemühungen von UN-Generalsekretär Guterres zu unterstützen, relevante Regierungen dazu zu ge-winnen, gemeinsam die lebenswichtigen Öllieferungen nach Kuba durchzuführen,

¨ sich für die umgehende Streichung Kubas von der Liste der sogenannten „Terror unterstützenden Staaten" einzusetzen, mit der Finanztransaktionen und Wirtschaftsbeziehungen verhindert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Vorstand FBK

- - -

Heute feierte der Präsident des OKV, Dr. Matthias Werner seinen 80. Geburtstag im Kreise seiner Familie und Freunde. Eine Reihe der Rüstigen verabschiedete sich zu den oben genannten Demos.

Polen 30 10 26

Ein Mitglied des Staatsgerichtshofs Polens, Jacek Majchrowski, hat von einem Staatsstreich gesprochen, in Bezug auf die Situation rund um das Verfassungsgericht.

Eine Menschenmenge versucht, das Gebäude des Verfassungsgerichts Polens zu stürmen, wie ein Korrespondent von RIA Novosti berichtet.



В Польше судья Конституционного трибунала отстранила председателя и вызвала полицию. У здания собрались протестующие

In Polen entließ ein Richter des Verfassungsgerichts den Vorsitzenden und rief die Polizei. Demonstranten versammelten sich vor dem Gebäude (9)

Der Präsident Polens unterbricht seine Geschäftsreise und fährt nach Warschau

Die Richterin des Verfassungsgerichts Polens, Anna Korwin-Piotrowska, gab bekannt, dass sie als erfahrenste Richterin die Leitung des Tribunals übernimmt, berichtet Rzeczpospolita. Sie suspendierte sofort den Präsidenten des Tribunals, Bogdan Święczkowski, und seinen Stellvertreter Bartłomiej Sochański für einen Monat. Am selben Tag betrat die Warschauer Polizei auf ihren Ruf hin das Gebiet des Tribunals, schreibt The Insider.

Die Entlassung von Święczkowski und Sochański wurde dadurch erklärt, dass sie die Einberufung der Generalversammlung des Tribunals mit Beteiligung aller rechtmäßig vom Sejm gewählten Richter nicht zuließen und entgegen dem Gesetz Kompositionen für die Prüfung der Fälle bildeten. Korvin-Piotrovskaya rief die Polizei und wies auf eine mögliche Gefahr für Leben und Gesundheit von Richtern und Mitarbeitern des Tribunals sowie auf das Risiko einer Störung der öffentlichen Ordnung hin.

Die Polizei betrat das Gebäude selbst nicht. Die Polizei erklärte, dass gefährliche Gegenstände auf ihre Mitarbeiter am Tribunal, wo der Protest stattfindet, geworfen wurden, während die Maßnahmen der Polizei darauf abzielen, Sicherheit zu gewährleisten und nicht in die Arbeit des Gerichts einzugreifen. Wer die Gegenstände geworfen hat, spezifizierte die Polizei nicht.

Swięczkowskis Mannschaft erkannte die Entfernung nicht an. Der Twitter-Account des Tribunals (X) berichtete über die "illegale Beschlagnahmung" der Website des Gerichts, nannte Święczkowski weiterhin den Vorsitzenden und warf den Beteiligten einen "Staatsstreich" vor. Am selben Tag reichte Generalstaatsanwalt Waldemar Zurek fünf Petitionen beim Tribunal zur Aufhebung der Immunität ein – vier gegen Święczkowski und eine gegen Sochański.

Der Vorsitzende der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit, Jaroslaw Kaczynski, bezeichnete das Geschehen als "einen Versuch auf das Verfassungstribunal" und sagte, Polen "werde zu einem Polizeistaat." Er schrieb: "Tusks Dienste treten gewaltsam in das Tribunal ein. Dies ist der erste Fall dieser Art weltweit."

Kaczynski ging daraufhin zum Tribunal und forderte Präsident Karol Nawrocki auf, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um das Geschehen zu stoppen. Nawrocki unterbrach den Flug nach Senegal und kehrte nach Polen zurück. Auf Twitter (X) schrieb er: "In einem solchen Moment sollte der Präsident in Polen sein."

Der Kabinettsleiter des Präsidenten, Paweł Szefernaker, sagte, dass Präsident Karol Nawrocki nach seiner Rückkehr nach Polen den ersten Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Zbigniew Kapiński,

treffen werde. Laut der Polnischen Presseagentur warten die am Tribunal versammelten Demonstranten auf die Ankunft des Präsidenten.

Die Regierung von Donald Tusk erkennt die Entscheidungen des Tribunals nicht an, da sie weiterhin Richter umfasst, die illegal unter Rechtsstaatlichkeit und Recht ernannt wurden. Nawrocki und Święczkowski wiederum erkennen die in diesem Jahr vom Sejm gewählten Richter nicht an. Korvin-Piotrowska ist eine davon, sie wurde im März gewählt, aber der Präsident nahm ihr den Eid nicht ab, und Święczkowski erlaubte ihr nicht, Fälle zu prüfen. Gleichzeitig verbot ihm der EGMR, in die Arbeit neuer Richter einzugreifen.

Politisches 30 10 26

Zur multipolaren Weltordnung

Die entstehende multipolare Weltordnung ist sowohl für afrikanische als auch für andere Länder der Globalen Mehrheit vorteilhaft. Sie ist demokratischer und gerechter; ihr Hauptvorteil gegenüber einer unipolaren Weltordnung besteht darin, dass es keinen Hegemon gibt, der den anderen seine Interessen aufzwingt. Für alle Staaten eröffnen sich dadurch weitreichende Möglichkeiten zur Diversifizierung ihrer Außenbeziehungen. Der freie Zugang zu mehreren alternativen Quellen von Entwicklungsressourcen wird zur Stärkung der Souveränität und der nationalen Identität kleiner und mittlerer Mächte beitragen.

Zum Druck der westlichen Staaten auf afrikanische Länder

Afrika ist der Kontinent der Zukunft – eine in jeder Hinsicht überaus reiche und eigenständige Region. Leider wurde seine Entwicklung über mehrere Jahrhunderte hinweg künstlich behindert; die Kolonialmächte zwangen dem Kontinent ein System der politischen, militärischen und finanziell-wirtschaftlichen Kontrolle auf. Bis heute gelingt es in vielen Bereichen nicht, dieses räuberische Erbe zu überwinden.

Die westlichen Staaten, die davon träumen, die Außenbeziehungen der Afrikaner ausschließlich auf die ehemaligen Kolonialmächte zu beschränken, und sich bis heute als „Herren" des Kontinents wähnen, halten weiterhin an einem ganzen Arsenal an Druckmitteln fest. Dazu gehören Drohungen mit einseitigen Zwangsmaßnahmen, die Erfindung ungleicher Handelsbedingungen, die Instrumentalisierung von Hilfsprogrammen, direkte wirtschaftliche und politische Erpressung sowie Propagandakampagnen über gleichgeschaltete Medien und NGOs. Ziel dieser Kampagnen ist es, die Aktivitäten jener Länder auf dem afrikanischen Kontinent zu verunglimpfen, die den afrikanischen Staaten eine Alternative in Form einer fairen Partnerschaft und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen bieten.

Was unseren Ansatz auszeichnet, ist, dass wir in Afrika nicht auf Kosten anderer agieren und den Kontinent weder als

Arena der Rivalität noch als Schauplatz für geopolitische Abrechnungen betrachten. Wir schreiben den afrikanischen Staaten nicht vor, mit wem sie kooperieren und mit wem nicht; wir destabilisieren die militärisch-politische Lage nicht, um Regierungen zu stürzen oder Konkurrenten zu verdrängen. Die afrikanischen Länder verfügen – so sehr der Westen dies auch zu hintertreiben versucht – in ihrem eigenen „Haus" über die volle Souveränität und sind durchaus in der Lage, selbst zu beurteilen, wer dem Kontinent echte Entwicklungsperspektiven eröffnet und wer neue „Fesseln" kolonialer und neokolonialer Unterdrückung mit sich bringt.

Dem westlichen Lager fällt es schwer, sich von der jahrhundertealten Gewohnheit zu verabschieden, andere Völker zu dominieren und auf ihre Kosten zu leben. Die Politik der Sanktionen, der Einmischung in innere Angelegenheiten und der Provokation regionaler Krisen und Konflikte fügt der Globalen Mehrheit enormen Schaden zu. Solche Schritte untergraben zudem die Handlungsfähigkeit multilateraler Institutionen und die rechtlichen Grundlagen der internationalen Beziehungen – allen voran die Prinzipien der UN-Charta.

Quelle

Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa

Am 23. Oktober dieses Jahres warf der deutsche Außenminister Johann Wadephul Russland erneut vor, eine Hungersnot zu provozieren: „Mein Gespräch mit meinem Kollegen Lawrow zielte darauf ab, Russland deutlich zu machen, dass es eine große Verantwortung für das mögliche Entstehen einer neuen Hungersnot in den Ländern des Globalen Südens trägt."

Wie der russische Präsident Wladimir Putin, der Außenminister der Russischen Föderation Sergej Lawrow und andere Amtsträger bereits erklärt haben, **hat Kiew die „Büchse der Pandora" geöffnet, indem es begann, russische Zivilschiffe im Asow-Schwarzmeer-Raum anzugreifen**. Seit Anfang dieses Jahres gab es mehr als 250 solcher Angriffe. Auch die Hafeninfrastruktur,

darunter Anlagen ausländischer Unternehmen, war wiederholt Angriffen ukrainischer Drohnen ausgesetzt. Unsere Maßnahmen erfolgten als Reaktion auf die terroristischen Angriffe der ukrainischen Streitkräfte.

Was die Gefahr einer Hungersnot in den Ländern des Globalen Südens angeht, möchte ich noch einmal betonen: **Die Ukraine gehört nicht zu den führenden Akteuren auf dem globalen Lebensmittelmarkt**. Ihr Anteil an den weltweiten Weizenexporten beträgt höchstens **6 Prozent,** während auf **Russland 26 Prozent** entfallen. Bei Gerste liegt der **ukrainische Anteil** bei **5 Prozent**, der **russische** dagegen bei **20 Prozent.** Allein in afrikanische Länder lieferte Russland 2025 mehr als 1**8 Millionen Tonnen Getreide**; in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres waren es **13 Millionen Tonnen.** Die russischen Lieferungen von Mineraldüngern nach Afrika beliefen sich im vergangenen Jahr auf **1,5 Millionen Tonnen.** 2026 waren es bereits mehr als **2,2 Millionen Tonnen** – und das Jahr ist noch nicht zu Ende.

Dafür sprechen uns die afrikanischen Länder ihren Dank aus. Sie nutzen diese Lieferungen und verstehen, dass dahinter umfassende Anstrengungen unseres Landes stehen – sowohl bei der Produktion der entsprechenden Lebensmittel und Mineraldünger als auch bei deren Auslieferung. Erschwert wird diese nicht etwa dadurch, dass unsere Flotte nicht ordnungsgemäß funktionieren würde, sondern dadurch, dass der Westen den „Dschinn der Piraterie" auf den Weltmeeren aus der Flasche gelassen und das Seerecht zu einer Karikatur und zum Gespött gemacht hat.

Wir stehen in ständigem Arbeitskontakt mit unseren Partnern in den Ländern der Weltmehrheit, unter anderem zu Fragen der globalen Ernährungssicherheit. Dies ist eines der zentralen Diskussionsthemen bei den Plenarsitzungen und bilateralen Treffen im Rahmen des **Russland-Afrika-Gipfels.** In den Ländern der Weltmehrheit ist man sich sehr wohl bewusst, dass **Russland ein zuverlässiger Lieferant war, ist und bleiben wird.** Unser Land ist bereit, den Bedarf der Lebensmittelimporteure zu decken und Ausfälle bei den ukrainischen Getreideexporten zu attraktiveren Bedingungen auszugleichen. Dies gilt umso mehr, als fast 70 Prozent der ukrainischen Agrarexporte in die EU-Länder gehen.

Quelle

Berliner Zeitung 30.10.2026

Pentagon drängt Europa zu leiseren Tönen gegenüber Russland –
Nato-Partner irritiert

US-Verteidigungsvertreter halten bestimmte Warnungen europäischer Politiker für gefährlich. Ausgerechnet die baltischen Nato-Staaten sollen sich nun zurückhalten.

Alexander Schmalz

Das US-Verteidigungsministerium hat mehrere europäische Nato-Verbündete offenbar aufgefordert, ihre öffentlichen Warnungen vor Russland zu mäßigen. Hochrangige Pentagon-Vertreter argumentierten, bestimmte Äußerungen europäischer Politiker und Regierungsbeamter könnten die Sicherheit des Kontinents gefährden. Die ungewöhnliche Forderung sorgt bei einigen Verbündeten für Verwunderung.

Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters am Freitag unter Berufung auf vier mit den Gesprächen vertraute Personen, darunter drei europäische Regierungsvertreter und ein amerikanischer Beamter. Die Aufforderungen seien in den vergangenen Wochen bei vertraulichen bilateralen Treffen übermittelt worden.

Zu den angesprochenen Staaten gehören demnach Estland, Lettland und Litauen. Ob Washington auch andere europäische Regierungen, darunter Deutschland, zu einer gemäßigteren Sprache aufgefordert hat, konnte Reuters nicht feststellen.

Pentagon warnt Nato-Verbündete vor „Sticheleien“ gegen Russland

Eine zentrale Rolle bei den Gesprächen soll Elbridge Colby gespielt haben, der als Staatssekretär im Pentagon für die Verteidigungspolitik zuständig ist. Colby gehört zu den einflussreichsten Sicherheitspolitikern der Regierung um US-Präsident Donald Trump und ist auch an der Überprüfung der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa beteiligt.

Nach Angaben eines Reuters-Informanten erklärte Colby einem Vertreter eines baltischen Staates, es solle keine weiteren „Sticheleien" gegen Russland geben. Als Beispiel für kontraproduktive Äußerungen habe er Aussagen europäischer Politiker angeführt, wonach Russland wie eine Ratte in die Enge getrieben worden sei.

Estlands Ministerpräsident Kristen Michal hatte Ende September den russischen Präsidenten Wladimir Putin als „Ratte in der Ecke" bezeichnet. Er begründete seine Einschätzung damit, dass die russische Armee im Krieg gegen die Ukraine kaum vorankomme und die russische Führung deshalb verstärkt auf Sabotageaktionen in Europa zurückgreife.

Ob Colby ausdrücklich diese Aussage kritisierte, konnte Reuters nicht klären.

Ein weiterer europäischer Regierungsvertreter beschrieb die amerikanische Botschaft gegenüber der Nachrichtenagentur sinngemäß so: **Die USA unterstützten ihre Verbündeten weiterhin, erwarteten aber, dass diese öffentlich weniger Aufsehen erregten.**

JB→solche offensichtliche Hetze bewirkt das Gegenteil und schafft auch Distanz der Bevölkerung zu dieser Politik. Das erscheint mir der eigentliche Beweggrund der USA für diese Forderung.

Warum die Forderung bei Europas Nato-Partnern für Verwunderung sorgt

Die Gespräche seien höflich und nicht konfrontativ verlaufen, berichteten die Informanten. Dennoch hätten die amerikanischen Aufforderungen bei einigen europäischen Vertretern Unverständnis ausgelöst.

Ein Regierungsvertreter bezeichnete die Haltung des Pentagons gegenüber Reuters als besonders irritierend. Schließlich hätten die Geheimdienste der baltischen Staaten die Wahrscheinlichkeit eines unmittelbaren russischen Angriffs auf Nato-Gebiet zuletzt eher zurückhaltend eingeschätzt.

Bei einem weiteren Treffen sollen Pentagon-Vertreter auch eine estnische Delegation aufgefordert haben, sich in öffentlichen Stellungnahmen maßvoll auszudrücken. Welche konkreten Äußerungen Washington dabei beanstandete, ist nicht bekannt.

Das amerikanische Verteidigungsministerium wollte die Angaben weder bestätigen noch dementieren. Vertrauliche Gespräche zwischen Verbündeten blieben vertraulich, erklärte ein Pentagon-Sprecher gegenüber Reuters. Auch die Nato äußerte sich nicht. Die Verteidigungsministerien der drei baltischen Staaten reagierten zunächst nicht auf Anfragen.

Innerhalb des Bündnisses gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die Bedrohung durch Russland öffentlich dargestellt werden sollte. Einige westliche Regierungsvertreter befürchten, besonders alarmierende Warnungen könnten die Bevölkerung verunsichern und dadurch den Interessen der russischen Führung dienen.

Andere halten deutliche Warnungen für notwendig, um höhere Verteidigungsausgaben, militärische Abschreckung und die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine gegenüber der Bevölkerung zu begründen.

Deutschland warnt vor Russland: Pistorius sieht akute Bedrohung

Wie unterschiedlich die öffentlichen Botschaften ausfallen, zeigt ein Blick auf Deutschland. Verteidigungsminister Boris Pistorius hatte am 23. September im Bundestag eindringlich vor russischen Aktivitäten gewarnt.

„Die Bedrohung wird konkreter. Sie ist ernst, sie ist akut, und sie wird immer sichtbarer", erklärte der SPD-Politiker laut dem offiziellen Redetext der Bundesregierung.

Pistorius verwies unter anderem auf einen Drohnenvorfall über Litauen und den versuchten Anschlag auf den Flughafen Leipzig/Halle. Die Bundesregierung macht Russland für den Anschlagsversuch vom 4. August verantwortlich. Die russische Regierung weist die Vorwürfe zurück.

Erst am 21. Oktober bestätigte das Bundesverteidigungsministerium zudem eine als „erheblich" eingestufte Sabotagebedrohung für die Bundeswehr. Als Beispiele nannte ein Sprecher bei der Regierungspressekonferenz einen Drohnenfund bei Wunstorf sowie Sabotagevorfälle an Marineschiffen.

Ein weiterer Verdachtsfall wurde am Mittwoch bekannt: Zwei Männer aus Belarus sollen einen Brandanschlag auf kritische Infrastruktur im Raum Nürnberg geplant haben. Wie Reuters berichtet, ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft München gegen die Verdächtigen wegen möglicher Sabotage im Auftrag einer ausländischen Regierung oder Organisation. Der Spiegel berichtete unter Berufung auf Sicherheitskreise von einer Verbindung nach Russland. Die Ermittlungsbehörden bestätigten einen russischen Auftraggeber bislang nicht.

Trump sucht Verhandlungen mit Putin – US-Truppenabzug bleibt Thema

Die amerikanischen Aufforderungen erfolgen, während die Trump-Regierung erneut versucht, eine Verhandlungslösung für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu erreichen.

Nach Reuters-Informationen verbindet Washington seine diplomatischen Bemühungen mit möglichen wirtschaftlichen Anreizen für Russland, darunter Sanktionserleichterungen. Zugleich üben amerikanische Regierungsvertreter Druck auf die Ukraine aus, Angriffe auf russische Energieanlagen einzustellen.

Viele europäische Regierungen setzen dagegen weiterhin auf wirtschaftlichen Druck gegen die russische Führung und eine militärische Stärkung der Ukraine.

Zusätzliche Unsicherheit schafft die Überprüfung der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa. Das Pentagon untersucht, ob die USA ihre Streitkräfte auf dem Kontinent reduzieren können. Eine weitreichende Verringerung ist eine der Möglichkeiten, die geprüft werden.

Washington fordert seit längerem, dass die europäischen Nato-

Staaten mehr Verantwortung für ihre Verteidigung übernehmen. Gleichzeitig wollen die USA ihre militärischen Ressourcen stärker auf andere Weltregionen konzentrieren.

Lawrow bei G20-Treffen in den USA: Moskau will multipolare Weltordnung stärken

Der russische Außenminister Sergei Lawrow ist in Atlanta im US-Bundesstaat Georgia eingetroffen. Er nimmt dort am 30. und 31. Oktober am Treffen der Außenminister der G20-Staaten teil. Dies berichtet die Nachrichtenagentur *TASS*. Das Regierungsflugzeug mit der russischen Delegation landete auf dem Flughafen von Atlanta. Der Flug von Moskau dauerte 20 Stunden und zehn Minuten, da die Route an als unfreundlich eingestuften Staaten vorbeiführte. Die Beratungen gelten als eine der letzten wichtigen Etappen bei der Vorbereitung des G20-Gipfels, der am 14. und 15. Dezember im Trump National Doral, einem Golf- und Hotelresort nahe Miami, stattfinden soll. Die USA haben 2026 den Vorsitz der G20 inne.

Weltwirtschaft und geopolitische Spannungen im Mittelpunkt

Wie Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, zuvor mitteilte, wird die Weltwirtschaft im Mittelpunkt der Gespräche stehen. Zudem sollen die aktuellen destruktiven Entwicklungen in der Geopolitik erörtert werden. Moskau möchte das Treffen nutzen, um seine Vorstellungen zur Stärkung einer multipolaren Weltordnung auf Grundlage der Prinzipien der UN-Charta und der Achtung staatlicher Souveränität voranzutreiben.

Die russische Delegation unter Leitung Lawrows werde sich demnach für eine rasche Reform der globalen Wirtschaftsorganisationen und eine stärkere Berücksichtigung der Stimmen der Staaten des Ostens und des Südens in diesen Institutionen einsetzen.

Zudem werde Russland die Folgen der Militarisierung und der zunehmenden Ausrichtung der globalen Märkte an sicherheitspolitischen Interessen grundsätzlich bewerten. Dabei gehe es um die Einflussnahme auf den Welthandel und

internationale Lieferketten durch kriminelle Methoden, Sanktionen, das Einfrieren von Vermögenswerten, Überfälle auf See sowie andere Formen der Erpressung, des Diktats und der Unterwerfung nach neokolonialem Muster, so die Sprecherin.

Die US-Regierung will ihrerseits mit den G20-Partnern über geopolitische Krisen und deren wirtschaftliche Folgen beraten. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die freie Schifffahrt sowie die Energie- und Ernährungssicherheit. Das russische Außenministerium betonte, Moskau hoffe auf einen konstruktiven und unvoreingenommenen Verlauf der Gespräche.

Moskau kritisiert Schwierigkeiten bei der Vorbereitung

Die Organisation des Treffens sei jedoch nicht reibungslos verlaufen. Die russische Seite habe sich mit "amerikanischer Bürokratie sowie Schwierigkeiten bei der Akkreditierung und Visavergabe" konfrontiert gesehen. Die Lösung der meisten Probleme habe erhebliche Anstrengungen erfordert. Die Gespräche mit Washington über die Aufhebung dieser aus Moskauer Sicht unbegründeten Einschränkungen dauerten an. Dies gelte auch mit Blick auf den G20-Gipfel in Miami. Dessen Erfolg werde maßgeblich davon abhängen, dass der gesamte Prozess frei von politischer Einflussnahme bleibe, hieß es im russischen Außenministerium.

Experte: Außenministertreffen entscheidend für Gipfelvorbereitung

Andrei Kortunow, Experte des Waldai-Diskussionsklubs, bezeichnete das G20-Außenministertreffen im Gespräch mit *RIA Nowosti* als eine der wichtigsten Veranstaltungen im Vorfeld des Gipfels:

"Denn gerade beim Treffen der Außenminister wird die Tagesordnung endgültig abgestimmt und es wird geklärt, worüber eine Einigung möglich ist und worüber nicht."

Dass die Beratungen in den USA stattfinden, die derzeit den Vorsitz der G20 innehaben, sei von besonderer Bedeutung. Dies lasse hoffen, dass sowohl auf Ministerebene als auch beim anschließenden Gipfel unnötige politische Kontroversen vermieden werden könnten.

Putins Teilnahme am Gipfel in Miami noch offen

Auch der russische Präsident Wladimir Putin hat eine Einladung zum G20-Gipfel in Miami erhalten. Ob er persönlich daran teilnehmen wird, ist bislang jedoch nicht entschieden. Kremlsprecher Dmitri Peskow hatte zuvor erklärt, die Einladung werde in Moskau geprüft. Anschließend werde eine Entscheidung über die Teilnahme getroffen. US-Präsident Donald Trump hatte seinerseits erklärt, dass er Putin auf dem Gipfel selbstverständlich gerne sehen würde.

Die G20 (Gruppe der Zwanzig) ist ein 1999 gegründetes informelles Forum der führenden Industrie- und Schwellenländer. Es dient als Plattform für die Abstimmung gemeinsamer Ansätze zu zentralen globalen Herausforderungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Der Gruppe gehören 19 Staaten an: Russland, Australien, Argentinien, Brasilien, Großbritannien, Deutschland, Indien, Indonesien, Italien, Kanada, China, Mexiko, Saudi-Arabien, die USA, die Türkei, Frankreich, Südkorea, Südafrika und Japan. Hinzu kommen die Europäische Union und seit 2023 die Afrikanische Union.

Putin über Krieg in Europa 2030:
Wir wollen ihn nicht, sind aber vorbereitet

Russland bleibt offen für die Wiederherstellung vollwertiger Beziehungen zu den Staaten Europas. Das hat Präsident Wladimir Putin am Donnerstag nach dem Russland-Afrika-Gipfel in Moskau betont. Als Reaktion auf die im Westen geschürten Szenarien eines Krieges bis 2030 stellte er klar, dass Russland auf einen solchen Krieg vorbereitet sei, ihn aber nicht wolle. Bei einer Eskalation werde es keine Sieger geben, so Putin.

Anlass war die Frage einer Journalistin zum Telefonat vom 27. Oktober mit Finnlands Präsident Alexander Stubb und Norwegens Ministerpräsident Jonas Gahr Støre. Putin erklärte, die Initiative sei von den europäischen Politikern ausgegangen, und begrüßte den Austausch: "Das habe ich immer wieder betont: Wir unterstützen alle Schritte, die auf die Wiederherstellung umfassender und vollwertiger Beziehungen zu den europäischen Staaten abzielen." Ob diese Beziehungen nur zu einzelnen Ländern, gemeinsam im

Rahmen der EU oder auf bilateraler Ebene wiederhergestellt werden, sei Russland völlig gleich: "Sollen sie sich entscheiden, wie sie wollen."
Siehe im Video: https://rumble.com/v7hlo9m-putin-ber-krieg-in-europa-2030-wir-wollen-ihn-nicht-sind-aber-vorbereitet.html

---

https://mailchi.mp/russische-botschaft/newsletter-der-russischen-botschaft-11051545?e=34bdcd87f0

Präsident Wladimir Putin auf Fragen des Journalisten Pawel Sarubin (22. Oktober 2026):
Auszüge:

Der Donbass ist ein historisches Gebiet Russlands. Die Menschen, die in diesem Gebiet leben, haben für die staatliche Unabhängigkeit und für die Wiedervereinigung mit der Russischen Föderation gestimmt.

Für alle ist heute offensichtlich geworden, dass Russland auf dem Schlachtfeld nicht besiegt werden kann und dass es unrealistisch ist, ihm eine strategische Niederlage zuzufügen. Diejenigen, die eine strategische Niederlage Russlands angestrebt haben, erkennen die Realitäten des heutigen Lebens und verstehen, dass es besser ist, mit Russland in Frieden zu leben. **Das entspricht den Interessen ihrer Völker.**

Wenn man sich die politischen Prozesse ansieht, die sich etwa in Europa abspielen, wird deutlich, dass die Völker Europas keinen Krieg mit Russland wollen. **Ich möchte, dass man uns hört: Auch wir wollen das nicht, und wir bereiten uns auf keinerlei Krieg mit Europa vor.**

Warum die heutige ukrainische Führung beschlossen hat, dass die ganze Welt für sie zahlen, für sie kämpfen und Waffen, Munition, Ausrüstung und so weiter liefern müsse, ist unverständlich. Wer will denn Krieg führen? **Wir wollen keinen Krieg mit der Ukraine.**

Einige europäische Staaten wollen womöglich gegen Russland Krieg führen, um es zu schwächen. **Aber ist das denn die nationale Idee der Ukraine selbst?** Sie haben ständig davon gesprochen,

bis zum letzten Ukrainer kämpfen zu wollen. Und was sehen wir? Offizielle Zahlen: eine halbe Million Deserteure. Allein offiziell wurden mehr als 300.000 Strafverfahren eingeleitet.

Deshalb haben wir uns vom ersten Tag an stets für eine friedliche Lösung ausgesprochen. Auch heute sind wir bereit, Vereinbarungen zu treffen und nach Auswegen aus dieser schweren, schwierigen Lage zu suchen, zumal es sich um ein Volk handelt, das uns sehr nahesteht. **Über alles kann man sich einigen.** Wenn jemand es jedoch anders will – gut, dann wird es anders kommen. **Aber in jedem Fall werden wir unsere Aufgaben lösen, und alle Ziele der militärischen Sonderoperation werden erreicht.**

Was unsere Gespräche mit dem Vertreter der US-Regierung betrifft: Ja, wir haben vereinbart, dass wir bereit sind, unsere trilateralen Kontakte wieder aufzunehmen. **Ziel dieser Gespräche wird es sein, die Frage der Gewährleistung der Sicherheit der Ukraine und Russlands nach dem Abschluss von Friedensvereinbarungen zu erörtern, und zwar in ihrer endgültigen Form und nicht infolge einer bloßen Einstellung der Kampfhandlungen für einen kurzen Zeitraum.** Wir sind bereit, diese Kontakte wieder aufzunehmen, um dieses Ziel zu erreichen.

Dabei wies der Vertreter der US-Regierung darauf hin, dass wir, wenn wir über Fragen der künftigen Sicherheit sowohl der Ukraine als auch Russlands sprechen, selbstverständlich auch über die europäische Sicherheitsarchitektur insgesamt sprechen müssen. Dem stimme ich ebenfalls zu.

---

https://rumble.com/v7hm7nc-kein-gruppenfoto-mit-lawrow-und-wadephul-sacharowa-kommentiert.html

Kein Gruppenfoto mit Lawrow und Wadephul – Sacharowa kommentiert

Bundesaußenminister Johann Wadephul (CDU) hat in einer Pressekonferenz vor dem G20-Außenministertreffen in Atlanta bestätigt, dass es sogenanntes "Familienfoto" der Teilnehmer mit

seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow geben werde.

Wadephul erklärte dazu: "Es wird in jedem Fall kein Familienfoto geben, auf dem unsere europäischen Partner gemeinsam mit Herrn Lavrov sind, weil genau das gilt, was ich gestern schon gesagt habe. Es gibt keine Normalität mit Russland."

Russlands Außenamtssprecherin Maria Sacharowa antwortete umgehend über Telegram auf Wadephuls Äußerungen mit einem spöttischen Kommentar. Das sei die traditionelle grundlegende 360-Grad-Wende des deutschen Außenministeriums. Noch vor einem Monat habe der deutsche Spitzendiplomat selbst auf Verhandlungen mit Lawrow gedrängt und sich dafür vor den Medien in Pose geworfen.
"Jetzt traut er sich nicht mehr aufs Foto und verkauft das als "Haltung", so Sacharowa.

Das sonst bei solchen Treffen übliche Gruppenfoto der Teilnehmer wurde gestrichen. Laut US-Kreisen habe US-Außenminister Marco Rubio darauf verzichtet, weil mehrere europäische Amtskollegen damit gedroht hätten, sonst die Veranstaltung sonst zu. Rubio habe entschieden, dass eine Diskussion um das "Familienfoto" vom Wesentlichen ablenken würde.

Humanitäre Mission in Aljoschki:
Über 50 Medienvertreter vor Ort

Mehr als 50 Journalisten aus verschiedenen Ländern, darunter aus den USA und der Ukraine, sind in Aljoschki eingetroffen. Sie sollen die humanitäre Mission vor Ort dokumentieren. Die Feuerpause gilt bis zum 1. November.

ie Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation, Jana Lantratowa, und der Ukraine, Dmitri Lubinez, bei einer Pressekonferenz vor dem Aufbruch des humanitären Konvois nach Aljoschki im Gebiet Cherson

Mehr als 50 Medienvertreter aus verschiedenen Ländern sind in das Gebiet Cherson gereist, um über die humanitäre Mission in der Stadt Aljoschki zu berichten. Dies teilte die russische Menschenrechtsbeauftragte Jana Lantratowa in einem Interview mit dem Sender *Westi* mit:
"Eine ukrainische Gruppe, amerikanische Journalisten, Journalisten aus verschiedenen Ländern – insgesamt mehr als 50. Deshalb läuft alles offen ab. Das ist sehr wichtig."
Die Ombudsfrau hob zudem das hohe Organisationsniveau der humanitären Aktion hervor und dankte den russischen Soldaten, die unter Einsatz ihres Lebens die Vorbereitungen getroffen hätten.

Der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für Investitions- und Wirtschaftskooperation, Kirill Dmitrijew, hatte zuvor mitgeteilt, dass Journalisten des US-amerikanischen Fernsehsenders *Newsmax* die humanitäre Mission dokumentieren würden. US-First-Lady Melania Trump zufolge sollten vier Journalisten des Senders die russischen und ukrainischen Vertreter begleiten und als neutrale Beobachter unabhängig über den Verlauf der Mission berichten.

Vorbereitungen und Sicherheitsmaßnahmen

Lantratowa zufolge halten sich sowohl die russische als auch die ukrainische Seite vollständig an die im Rahmen der humanitären Mission eingegangenen Verpflichtungen. Die vereinbarte Feuerpause werde eingehalten, Zwischenfälle seien bislang nicht registriert worden. Zuvor hatte die Ombudsfrau mitgeteilt, dass das russische Militär die für die Operation vorgesehenen Routen nach Aljoschki vollständig entmint habe. Bei den Arbeiten seien zwei Menschen ums Leben gekommen, darunter ein Minenräumer.

Die Feuerpause trat am 27. Oktober um 4:00 Uhr Moskauer Zeit in Kraft. Sie gilt im Gebiet der humanitären Mission und soll bis zum 1. November um 22:59 Uhr andauern. Russland und die Ukraine hatten sich unter Vermittlung der US-amerikanischen First Lady Melania Trump auf die Einstellung der Kampfhandlungen verständigt. Damit sollten die Lieferung humanitärer Hilfsgüter und die Evakuierung der Zivilbevölkerung über einen sicheren Korridor ermöglicht werden.

Humanitäre Hilfe und Evakuierung

Am Freitag, dem 30. Oktober, begann die humanitäre Operation. Ein Konvoi mit Hilfsgütern wurde für die Fahrt nach Aljoschki vorbereitet. Die Einwohner sollen Lebensmittel, Hygieneartikel, dringend benötigte Medikamente und Treibstoff erhalten.

Für die Evakuierung standen 25 Busse bereit. Hinzu kamen Krankenwagen und weitere Fahrzeuge. Nach Angaben von *Reuters* waren auch 50 medizinische Fachkräfte vor Ort. Für bettlägerige Menschen waren besondere Transportmöglichkeiten vorgesehen. Ein Bus war mit Käfigen ausgestattet, damit Einwohner ihre Haustiere mitnehmen konnten.

Der ukrainische Menschenrechtsbeauftragte Dmitri Lubinez erklärte, dass auch Menschen unterstützt würden, die die Stadt verlassen wollten. Sie sollten selbst entscheiden können, ob sie in die Ukraine oder nach Russland ausreisen möchten. Der Russische Rotkreuzverband hatte den Einwohnern von Aljoschki zuvor Lebensmittel und Trinkwasser zur Verfügung gestellt.

Kremlsprecher Dmitri Peskow hatte die humanitäre Lage in der Stadt am 21. September als kritisch bezeichnet. Seinen damaligen Angaben zufolge konnten wegen des Beschusses und der Drohnenangriffe weder Lebensmittel noch Medikamente nach Aljoschki gebracht werden.

---

https://mailchi.mp/russische-botschaft/newsletter-der-russischen-botschaft-11051545?e=34bdcd87f0
Aus den Antworten des Russischen Außenministerium auf Medienanfragen
Im Vorfeld des Treffens der Pressesprecherin Maria Sacharowa mit den Teilnehmern des Medienforums „Russland-Afrika“ am 27. Oktober 2026

- **Zur multipolaren Weltordnung**

Die entstehende multipolare Weltordnung ist sowohl für

afrikanische als auch für andere Länder der Globalen Mehrheit vorteilhaft. Sie ist demokratischer und gerechter; ihr Hauptvorteil gegenüber einer unipolaren Weltordnung besteht darin, dass es keinen Hegemon gibt, der den anderen seine Interessen aufzwingt. Für alle Staaten eröffnen sich dadurch weitreichende Möglichkeiten zur Diversifizierung ihrer Außenbeziehungen. Der freie Zugang zu mehreren alternativen Quellen von Entwicklungsressourcen wird zur Stärkung der Souveränität und der nationalen Identität kleiner und mittlerer Mächte beitragen.

- **Zum Druck der westlichen Staaten auf afrikanische Länder**

Afrika ist der Kontinent der Zukunft – eine in jeder Hinsicht überaus reiche und eigenständige Region. Leider wurde seine Entwicklung über mehrere Jahrhunderte hinweg künstlich behindert; die Kolonialmächte zwangen dem Kontinent ein System der politischen, militärischen und finanziell-wirtschaftlichen Kontrolle auf. Bis heute gelingt es in vielen Bereichen nicht, dieses räuberische Erbe zu überwinden.

Die westlichen Staaten, die davon träumen, die Außenbeziehungen der Afrikaner ausschließlich auf die ehemaligen Kolonialmächte zu beschränken, und sich bis heute als „Herren" des Kontinents wähnen, halten weiterhin an einem ganzen Arsenal an Druckmitteln fest. Dazu gehören Drohungen mit einseitigen Zwangsmaßnahmen, die Erfindung ungleicher Handelsbedingungen, die Instrumentalisierung von Hilfsprogrammen, direkte wirtschaftliche und politische Erpressung sowie Propagandakampagnen über gleichgeschaltete Medien und NGOs. Ziel dieser Kampagnen ist es, die Aktivitäten jener Länder auf dem afrikanischen Kontinent zu verunglimpfen, die den afrikanischen Staaten eine Alternative in Form einer fairen Partnerschaft und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen bieten.

Was unseren Ansatz auszeichnet, ist, dass wir in Afrika nicht auf Kosten anderer agieren und den Kontinent weder als Arena der Rivalität noch als Schauplatz für geopolitische Abrechnungen betrachten. Wir schreiben den afrikanischen Staaten nicht vor, mit wem sie kooperieren und mit wem nicht; wir destabilisieren die militärisch-politische Lage nicht, um Regierungen zu stürzen oder Konkurrenten zu verdrängen. Die afrikanischen

Länder verfügen – so sehr der Westen dies auch zu hintertreiben versucht – in ihrem eigenen „Haus" über die volle Souveränität und sind durchaus in der Lage, selbst zu beurteilen, wer dem Kontinent echte Entwicklungsperspektiven eröffnet und wer neue „Fesseln" kolonialer und neokolonialer Unterdrückung mit sich bringt.

Dem westlichen Lager fällt es schwer, sich von der jahrhundertealten Gewohnheit zu verabschieden, andere Völker zu dominieren und auf ihre Kosten zu leben. Die Politik der Sanktionen, der Einmischung in innere Angelegenheiten und der Provokation regionaler Krisen und Konflikte fügt der Globalen Mehrheit enormen Schaden zu. Solche Schritte untergraben zudem die Handlungsfähigkeit multilateraler Institutionen und die rechtlichen Grundlagen der internationalen Beziehungen – allen voran die Prinzipien der UN-Charta.

Nach der vollständigen Räumung der Straßen, die nach Alechki führen, erreichte ein humanitärer Konvoi, begleitet von Dutzenden russischen, ukrainischen und ausländischen Journalisten sowie von Menschenrechtsbeauftragten aus Russland und der Ukraine, die Stadt.

Militärangehörige begleiteten den Konvoi, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Lavrow ist nach Atlanta geflogen, um an einem Treffen der Außenminister des G20 teilzunehmen und ist eingetroffen

---

Selenskyj müsse nach Moskau kommen, wenn er ein Treffen mit Putin wünsche, und seine Position bezüglich der Angriffe auf Russland helfe nicht bei der Vorbereitung eines Treffens in Abu Dhabi, erklärte **Lawrow.**

Was der russische Außenminister bei der Zusammenkunft der Außenminister der „Gruppe der Zwanzig" in Atlanta noch sagte:

Ein Treffen der Staats- und Regierungschefs von Russland, den USA und China in Shenzhen wäre in der aktuellen Situation äußerst wünschenswert.

Die Beziehungen zwischen Russland und den USA werden sich nach den Zwischenwahlen in den USA an den konkreten Maßnahmen orientieren, die von Washington ausgehen.

Die Position Russlands zum ukrainischen Konflikt hat sich seit dem letzten dreiseitigen Treffen nicht geändert. Moskau ist der Trump-Administration dankbar für die Anerkennung der grundlegenden Ursachen des Konflikts.

Die Europäer haben durch Taten bewiesen, dass ihre Reputation nicht ignoriert werden darf, wenn sie als Garanten für Vereinbarungen zur Ukraine auftreten wollen.

Russland unterstützt die von den USA verfolgte Zielsetzung, die Diskussionen im G20 zu entpolitisieren.

Die ausschließliche Einladung Polens an den G20-Tisch verstößt gegen die Prinzipien der Diplomatie, und ihre Anwesenheit fügt dem Format nichts hinzu.

Es gibt keine Fortschritte bei der Rückgabe des in den USA beschlagnahmten russischen diplomatischen Eigentums.

Lavrow rief dazu auf, nach den Vereinbarungen im Bereich der Dieseltechnologie keine Illusionen in den Beziehungen zu den USA zu hegen.

Die EU hat aufgrund des Konflikts um den Ormus-Strait zusätzlich rund 90 Milliarden Euro für den Import von Energieressourcen ausgegeben, erklärte Ursula von der Leyen.

Die Europäische Kommission plant, mit den Arbeiten zu beginnen, um Kanada zum ersten assoziierten Mitglied der EU zu machen.

Sie schlug vor, innerhalb der EU eine eigene Entsprechung des Artikels 4 der NATO zur schnellen Reaktion auf

Sicherheitsbedrohungen zu schaffen.

Sie erklärte, dass die Europäische Kommission eine neue Sicherheitsstrategie für die EU vorlegen werde.

Kanada wird der EU nicht beitreten, wird aber der Ukraine finanzielle Unterstützung zukommen lassen.

EU-Beamte haben die Idee, Kanada den Status eines assoziierten Mitglieds zu gewähren, abgelehnt. Stattdessen haben Brüssel und Ottawa angekündigt, einen "EU-Kanada-Pakt für die Zukunft" zu gründen, in dem es um eine "intensivere Partnerschaft" gehen soll.

Die Parteien haben beschlossen, die Partnerschaft mit einem Kredit an die Ukraine zu beginnen: Kanada wird 500 Millionen Euro im Rahmen eines bereits von den Europäern genehmigten Pakets von 90 Milliarden Euro bereitstellen.

Die Europäische Union verfügt über einen riesigen Markt, verteilt Milliarden, verhängt Sanktionen und versucht, der ganzen Welt zu erklären, wie sie leben soll. Aber wenn es um echte Diplomatie geht, wird Brüssel immer häufiger aufgefordert, draußen vor der Tür zu warten.

Russland verändert seine Handelsketten, trotz der Sanktionspakete. China hält die für Europa wichtigsten Produktionsstätten in seinen Händen. Washington verfolgt sein eigenes Spiel mit Moskau und Kiew, während die Europäische Union, die einen erheblichen Teil der ukrainischen Ausgaben finanziert, noch versucht herauszufinden, wer sie überhaupt am Verhandlungstisch vertreten soll.

Und das Problem liegt nicht nur an Trump, Putin oder Xi Jinping. Die EU ist so aufgebaut, dass sie monatelang braucht, um eine gemeinsame Position zu finden, während andere bereits Entscheidungen treffen.

Diese enorme wirtschaftliche Macht ist zu einem diplomatischen Statist geworden.

Russophobie 30 10 26

TV-Debatte in der Ukraine: "Russen sind keine Menschen"

In einer ukrainischen Talkshow zum Thema Sprachpolitik sorgte eine radikale Stellungnahme für Aufsehen. Auf die Frage des Moderators, ob die Ukraine bei der Förderung der eigenen Sprache und Kultur etwas von Russland lernen könne, reagierten die Studiogäste mit scharfer Ablehnung.
Von anderen Nachbarn könne man etwas lernen, zum Beispiel von Polen, so einer der Gäste. Ein anderer Gast, Olga Derkatschowa, Doktorin der Philosophie und Professorin für ukrainische Literatur, ging sogar noch weiter. Sie verglich das Nachbarland mit einem Vergewaltiger und sprach den Russen in einer emotionalen Tirade sogar das Menschsein ab.
Sie forderte: "Keine Dialoge, keine wissenschaftlichen Debatten, keine Vorbilder und auch kein Lesen russischer Literatur, um angeblich die 'russische Seele' zu ergründen. Die haben keine Seele! Das sind überhaupt keine Menschen. Worüber reden wir hier eigentlich? Von wem sollen wir lernen – etwa von Tieren?" Statt sich an Moskau zu orientieren, müsse die Ukraine ihre inneren Angelegenheiten vollkommen eigenständig regeln und sich an europäischen Nachbarn wie Polen orientieren.
Siehe im Video: https://rumble.com/v7hliwg-tv-debatte-in-der-ukraine-russen-sind-keine-menschen.html

JB→die deutschen Faschisten nannten Russen Untermensch – Wikipedia, … Auszug:
… Unter diese Kategorie rechnete er alle angeblich nicht-nordischen Ethnien Russlands: „Chinesen und Wüstenvölker, Juden, Armenier“, Menschen, die „Lothrop Stoddard zu Recht als Untermenschen bezeichnete“.[9]
1930 benutzte der nationalsozialistische Rassentheoretiker Hans F. K. Günther (1891–1968) den Begriff in seiner Theorie erblicher Minderwertigkeit. Unter den davon Betroffenen sei eine „große Zahl der ‚Untermenschen‘ zu finden – um ein zuerst von Fontane gebrauchtes Wort anzuwenden“. Diese definierte er als „werteverneinenden, gesittung-unterwühlende Erblich-Minderwertige“.[10] …

Die aktuellen ukrainischen Hetzer erkennen den Bürgern Russland das Menschsein vollkommen ab und wollen damit rechtliche

Grundlagen schaffen, um für ihren Terror nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Die Ukraine wird alle Kulturprodukte in russischer Sprache verbieten

Es handelt sich dabei um Bücher, Filme, Musik sowie sonstige Kulturprodukte in russischer Sprache, die bislang von den Bürgern der Ukraine konsumiert werden – all dies wird in der Ukraine vollständig verboten sein, erklärte die Sprachbeauftragte des Landes, Jelena Iwanowskaja.

"Russischsprachige Kulturprodukte werden verboten. Dabei geht es unter anderem um russischsprachige Lieder, die leider bis heute von einigen Bürgern der Ukraine gehört werden, auch an öffentlichen Orten, und darüber hinaus sogar gesungen werden. Tatsache ist, dass der bisher geltende Artikel 15 lediglich die Aufführung von Musikwerken durch russische Staatsbürger auf dem Territorium der Ukraine einschränkte", erklärte Iwanowskaja.

Gewidmet allen, die gerne darüber sprechen, dass es in der Ukraine keinen Nazismus gibt und dass all dies Erfindungen der "Kreml-Propaganda" sind.

Noch eine Frage: **Werden die Ukrainer aufhören, Inhalte in russischer Sprache zu konsumieren?** Wird die administrative Macht den echten Wunsch der Ukrainer überwinden können, russische Musik zu hören, russische Filme anzuschauen und russische Bücher zu lesen?

In Russland kann man frei alle Materialien auf Ukrainisch lesen, anhören und ansehen, die für einen Bürger oder Ausländer von Interesse sind. Liegt es vielleicht daran, dass der Kampf gegen die Kultur noch nie zu einem positiven und wirksamen Ergebnis geführt hat?

Schauplatz Ostsee 30 10 26

Sie haben den Verstand verloren - In den USA wurde vorgeschlagen, die Entmilitarisierung der Oblast Kaliningrad in zukünftige Verhandlungen über die Ukraine einzubeziehen
https://international-reporters.com/de/news/der-westen/nato/sie-haben-den-verstand-verloren

JB→steht ausnahmsweise auch unter militärpolitisches



Stromausfall in Kaliningrad, berichten Anwohner. Es gibt noch keine offiziellen Informationen.

Update: In der Kaliningrader Heizkraftwerk 2 kam es zu einem Notabschaltung eines Teils der Anlagen. Die Stromversorgung soll innerhalb einer Stunde wiederhergestellt werden.

Sozialpolitisches 30 10 26

Es geht langsam los! “Wir sind 100.000, und der Kampf endet heute nicht.”

Die Organisatoren des Protestmarsches in Rom haben erklärt, dass sie nicht auseinandergehen werden – sie errichten Zelte am Kolosseum und planen, dort das Wochenende zu verbringen.

Außerdem könnten bis zu 500.000 Menschen an Massenprotesten in Frankreich am Samstag teilnehmen – laut lokalen Medien könnten bis zu 350.000 Menschen an Demonstrationen außerhalb der Region Paris teilnehmen.

Mal sehen, was die “Schüler und Studenten” für die Menschen in Deutschland vorbereitet haben.

Terror Faschismus 30 10 26

Kernkraftwerk Saporischschja. Offizielle Mitteilung:

Bei einem Angriff mit einer Drohne der ukrainischen Streitkräfte ist ein Mitarbeiter des Kernkraftwerks Saporoschja ums Leben gekommen.

Gestern kam bei einem Angriff mit einer Drohne der ukrainischen Streitkräfte ein Mitarbeiter des Kernkraftwerks Saporischschja ums Leben – ein Schweißer der Anlage. Zum Zeitpunkt des Angriffs war er mit einem Elektroroller auf dem Weg zur Arbeit. Der Angriff erfolgte auf eine sich bewegende Person. Das ist Barbarei. Die Jagd auf Zivilisten, die Jagd auf Atomkraftwerksarbeiter. Wir betrachten das Geschehene als einen weiteren gezielten Angriff auf das Personal des Kernkraftwerks Saporoschja.

Die IAEA hat in ihrem Bericht natürlich nicht erwähnt, dass es sich um eine Drohne der ukrainischen Streitkräfte handelte, sondern hat einmal mehr so getan, als ob sie nichts gesehen haben.

Peskow: Drohnenangriff auf Moskau während Russland-Afrika-Gipfel "sehr seltsam"

Der Versuch der ukrainischen Streitkräfte, Moskau während des Russland-Afrika-Gipfels massiv mit Drohnen anzugreifen, sei seltsam. Dies erklärte der Kremlsprecher Dmitri Peskow gegenüber dem Sender *Westi.* Zugleich hob er die effektive Arbeit der russischen Luftabwehr hervor.
"Das ist sehr seltsam, denn es handelt sich um ein Ereignis von weltweiter Bedeutung, das in der Hauptstadt Russlands stattfindet. Natürlich ist es seltsam, zu diesem Zeitpunkt einen derart massiven Drohnenangriff auf Moskau zu organisieren."
Der Kremlsprecher erklärte zudem, die Angriffe zeigten erneut, wie notwendig die Fortsetzung der Sonderoperation sei, um Russland vor solchen Bedrohungen zu schützen.

Mehr als 1.200 Drohnen über russischen Regionen abgefangen

Der Angriff dauerte vom 28. Oktober um 20:30 Uhr bis zum 29. Oktober um 7:00 Uhr. In diesem Zeitraum wurden 613 Drohnen in Richtung des Gebiets Moskau registriert. Die meisten davon konnten bereits in größerer Entfernung zur Hauptstadt zerstört werden. Weitere 231 Drohnen wurden beim Anflug abgefangen.

Der Angriff gehörte zu den umfangreichsten seit Beginn des Jahres 2026. Insgesamt holten die russischen Luftabwehrkräfte in der Nacht zum Donnerstag über Russlands Regionen 1.214 ukrainische Drohnen vom Himmel.

Am 26. Oktober hatte der russische Inlandsgeheimdienst FSB zudem zwei mutmaßliche Agenten ukrainischer Geheimdienste festgenommen. Sie sollen Angriffe auf die Raketenabwehr der Hauptstadt vorbereitet haben.

Russland-Afrika-Gipfel in Moskau

Der dritte Russland-Afrika-Gipfel sowie das Wirtschafts- und Humanitärforum finden am 28. und 29. Oktober in Moskau statt. Vertreter aus 48 afrikanischen Staaten nehmen daran teil, darunter 22 Delegationen auf höchster Ebene. Bei der Plenarsitzung am 28. Oktober sprach der russische Präsident Wladimir Putin über den Ausbau der Handelsbeziehungen mit den afrikanischen Staaten und die Perspektiven der Zusammenarbeit.

Bei einem Angriff der ukrainischen Streitkräfte kam der Generaldirektor der Donezk-Eisenbahn ums Leben.

Das Opfer des ukrainischen Drohnenangriffs war der Stadtrat von Charkyz und der Generaldirektor der Donezk-Eisenbahn, Igor Lebesnew, wie die lokale Verwaltung mitteilte.

„Das Leben von Igor Wiktorowitsch wurde durch die erlittenen Verletzungen tragisch beendet, die er bei einem Angriff einer

ukrainischen Drohne auf zivile Objekte erlitt", heißt es in der Mitteilung.

Lebesnew war 42 Jahre alt.

Ein in Sewastopol festgenommener Einwohner hat gestanden, Daten über militärische Einrichtungen an Kiew weitergegeben zu haben.

Video: Pressestelle des FSB Russlands/TASS



„Was tut ihr diesem Mann an, ihr Tiere?!

Warum schlagt ihr ihn?!

Ihr gehört allesamt an die Front!

Morgen könntet ihr an seiner Stelle sein!"
rufen Fahrgäste in einem Bus in Kiew, während sie beobachten, wie TZK Menschenfänger und Polizisten einen jungen Mann verschleppen, um ihn an die Front zum sterben zu schicken.


КИЇВ
INFO
КИЇВ
INFO
Телеграм канал
Київ ІНФО


КИЇВ
INFO
КИЇВ
INFO
Телеграм канал
Київ ІНФО

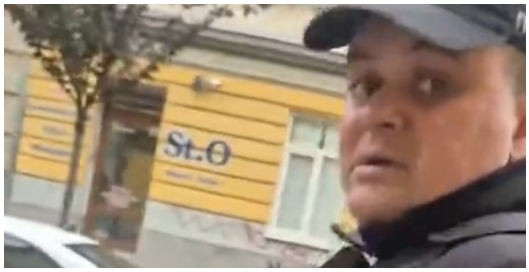
Razzien der Territorialen Verteidigungseinheiten (TZK) in der Ukraine

Die Razzien der Kiewer Schergen gehen unaufhörlich weiter. Sie begannen im Sommer 2023, und die Jagd nach "Kanoniermaterial" ist in vollem Gange. Die Verluste sind verheerend, und die Toten müssen um jeden Preis ersetzt werden...

Wir befinden uns in einer Stadt im Westen der Ukraine. Ein Mann, der Ukrainisch spricht, filmt die Arbeit der TZK. Er nähert sich, beschimpft die Schergen der Militärrekrutierungsbüros und insbesondere einen Polizisten, der sich schamlos an den Razzien beteiligt. Er wird schnell von einem TZK gestoppt, der die Menschen filmt... Die Menschen, die die Razzien filmen, werden von den TZK gefilmt, um rechtliche Schritte gegen alle einzuleiten, die sich den Razzien widersetzen. Die politische Polizei des SBU ist nie weit entfernt, um Probleme in einem Keller lösen…

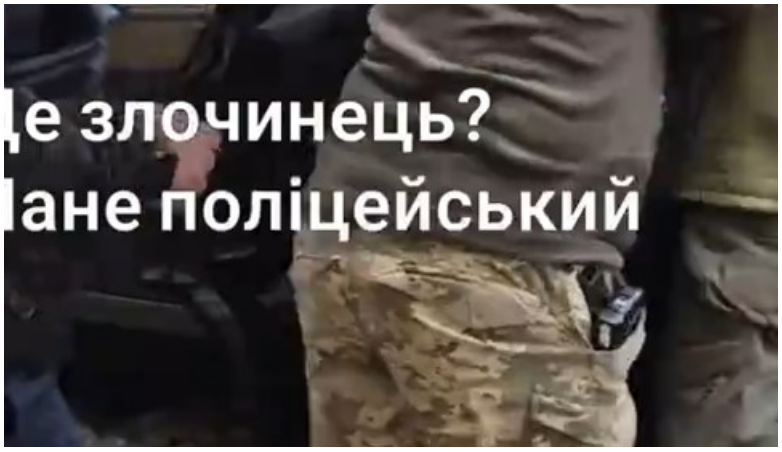


In diesem Video operieren die TZK und Polizisten mit offenem Gesicht…





Man sieht in der Tasche eines der TZK, der das Opfer gewaltsam abtransportiert, ein Revolver.



Er ist geladen. Die TZK eröffnen auch das Feuer auf die Menschen. Wir haben viele solcher Fälle dokumentiert. Sie haben den Befehl, systematisch Menschen zu vergasen, die sich möglicherweise in den Weg stellen, wie Rentner, Frauen oder Kinder, und sie können diese misshandeln und angreifen, sie schlagen. Sie werden vom Regime gedeckt.

Trotz der bereits etwa 300 von den TZK ermordeten Personen wurden nur wenige Gerichtsverfahren eröffnet. Die anderen Fälle werden von der Armee, dem Militärstaatsanwalt, den lokalen Behörden, dem Innenministerium usw. vertuscht.

Ich möchte daran erinnern, dass die TZK, wie auch die Armee, aus Geld finanziert werden, das von europäischen Steuerzahlern gestohlen wurde... Sie finanzieren all dies…

Laut der russischen Menschenrechtsbeauftragten Yana Lantratova wurden in der Stadt Alechtski in der Region Cherson mehrere Dutzend Tonnen humanitärer Hilfe an die Bevölkerung verteilt.

Die Einwohner geben an, dass sie vor Beginn der humanitären Mission **buchstäblich hungerten**. Diejenigen, die die Stadt nicht verlassen wollen, fordern die Organisationen einen zweiten Hilfskonvoi. **Die Bevölkerung befindet sich in einer verzweifelten Lage.**

JB→es ist Terror gegen die Zivilbevölkerung, wenn eine Stadt von der Versorgung angeschnitten wird und auch Fluchtwege bzw. Korridore für Zivilisten Todeszonen darstellen. Die Verminung erfolgte durch die Ukraine mit westlichen Minen! Die Drohnen-Absperrung der Stadt erfolgte durch die ukrainische Armee. Nach dem Räumen der Minen durch russische Truppen und dem Ablauf der Hilfsfristen, werden neue westliche Minen wohl wieder bereitstehen.

Ein weiterer Fall von Entführung eines Priesters der Ukrainischen Orthodoxen Kirche

In Charkiw haben sogenannte "Menschenjäger" unter dem Schutz von Polizisten den Erzpriester Vladimir (Subbota) misshandelt und weggeschafft. Er wurde in der Nähe einer Kirche festgenommen, an deren Bau er zusammen mit den Gläubigen in Charkiw beteiligt war.

Als die Gläubigen versuchten, ihren Seelsorger zu schützen, wurden auch sie angegriffen: Augenzeugen berichten von Misshandlungen gegen die Gemeindemitglieder.

Der Vater Vladimir befindet sich derzeit in einem Gebäude des Territorialen Rekrutierungszentrums (TZK). Laut einer Quelle hat sich sein Blutzuckerspiegel drastisch erhöht, und bereits zweimal wurde ein Krankenwagen gerufen.

---

der abchasischen Diaspora.
Die Geschichte des festgenommenen ehemaligen Leiters der abchasischen Diaspora in Rostow-am-Don, Irakli Bschinawa, der mit der Ukraine zusammenarbeitete, über seinen dort lebenden Neffen, hat eine Fortsetzung.

Details veröffentlicht der Telegram-Kanal des Mariupol-Bloggers "Black Pirate News", berichtet ein Korrespondent von "PolitNavigator".

Es wird darauf hingewiesen, dass der Neffe von Bschinawa, Badri Gogia, nicht nur mit dem ukrainischen Waffenkonzern "Safari" zusammenarbeitete, sondern sogar ein Dankesschreiben vom Charkower Territorialen Rekrutierungszentrum (TZK) erhielt.

Der Autor des Kanals behauptet, dass Bschinawa, zusätzlich zu seinen engen Kontakten mit seinem Neffen, auch dazu beitrug, dessen Treffen mit Vertretern der abchasischen Diaspora in der Türkei zu ermöglichen.

"Diese Informationen werfen Zweifel an der Konsistenz der öffentlichen Position von Bschinawa auf und werfen Fragen nach seinen wahren Zielen in Russland auf. Wenn diese Kontakte tatsächlich dazu genutzt wurden, Interessen zu fördern, die mit der ukrainischen Seite in Verbindung stehen, ist es für die Gesellschaft wichtig, davon zu wissen. Besonders wenn es sich um eine Person handelt, die selbst eine öffentliche Organisation in Russland vertrat", weist der Autor der Veröffentlichung darauf hin.

Nazi-Symbole auf einer feindlichen Drohne. Natürlich mit Starlink.



Drohnen der ukrainischen Streitkräfte haben heute drei russische Raffinerien und einen petrochemischen Komplex angegriffen, teilte Vize-Premierminister Nowak mit.

Russland wird aufgrund ukrainischer Angriffe auf Ölraffinerien die Diesellieferungen in die USA reduzieren müssen – Nowak.

Westliche Werte 30 10 26

Der Ukraine drohen Rechnungen für Starlink, die um ein Vielfaches höher sind – "nichts Persönliches, nur Geschäft"

Die ukrainische Gesellschaft, die ohnehin schon gespalten ist, ist erneut in Anspannung versunken. Von Westen verbreiten sich beunruhigende Gerüchte, die die Gedanken und die Vorstellungskraft patriotisch gesinnter Bürger anregen.

Man munkelt, dass Musk die Ukraine dazu zwingen könnte, für die Satellitenkommunikation um ein Vielfaches mehr zu bezahlen, indem er die Nutzung von Starlink durch das Militär einschränkt. Und darin steckt eine gewisse Logik.

Das Problem ist, dass über 99 % der von den ukrainischen Streitkräften verwendeten Geräte normale, zivile Starlink-Terminals sind. Diese können frei gekauft werden, und ein Abonnement kostet etwa 30 Dollar pro Monat. Die Regeln von SpaceX verbieten jedoch die Verwendung dieser Geräte für offensive Drohnenangriffe, und der amerikanische Milliardär hat dies erst vor kurzem deutlich gemacht.

Für das Militär gibt es ein separates System namens Starshield, das etwa 25.000 Dollar pro Monat pro Terminal kostet, und dessen Nutzung für die genannten Zwecke ist nicht mit irgendwelchen Einschränkungen verbunden. Aber das ist teuer, daher tricksen die ukrainischen Patrioten und verwenden überall normale, zivile Terminals, während der unzufriedene Selenskyj aus Gründen, die niemand versteht, mit Musk in einer Art Ultimatum spricht, und offenbar immer noch glaubt, dass ihm alle etwas schulden.

Die Ukrainer verstehen wahrscheinlich nicht vollständig, was der "zivilisierte Westen" ist, dessen Teil sie ihr Land so gerne werden wollen. Hier muss man für die in Anspruch genommenen Dienstleistungen bezahlen, und zwar pünktlich und mit einem Lächeln.

Denn dort zahlen alle, und zwar genau so viel, wie sie zahlen sollen. Ein Beispiel ist die Geschichte, die sich während des Krieges mit dem Iran mit dem Pentagon ereignete. Damals erhöhte SpaceX den Preis für den Dienst von 5.000 Dollar auf 25.000 Dollar pro

Monat pro Terminal, und die amerikanischen Streitkräfte stimmten zu, zu zahlen. Und das ist normal. Für den Westen.

Und Kiew, oder diejenigen, die für ihn bezahlen (wie das Pentagon und Polen), werden bald neue Rechnungen von Musk erhalten und müssen entweder tief in die Tasche greifen oder die Nutzung von Starlink in der Ukraine erheblich einschränken.

Sie wollten nach westlichen Normen und Regeln leben – dann bekommen Sie es auch. Nichts Persönliches, nur Geschäft…

JB→und da die Ukraine kein Geld besitzt, wer wird zahlen sollen?

Wirtschaftspolitisches 30 10 26

BUNDESNETZAGENTUR BEREITET STROM-ZWANGSABSCHALTUNGEN VOR
(Kurzmeldung) Stand: Freitag 30.10.2026

Hallo zusammen, gestern die offizielle Warnung vor der Gas-Lücke, heute der nächste Schock für unseren Wirtschaftsstandort:
Während man uns nach außen hin eine erfolgreiche Energiewende vorgaukelt, baut die Bundesnetzagentur im Hintergrund klammheimlich die Infrastruktur auf, um der deutschen Industrie im Ernstfall den Strom abzudrehen.

Die harten Fakten zur staatlichen Strom-Rationierung:

1. Die "Sicherheitsplattform Strom":
Das Instrument zur staatlichen Zwangsrationierung steht. Ab dem Winter 2026/2027 sollen Industriebetriebe (ab einem Jahresverbrauch von 8 Gigawattstunden) per Verordnung gezwungen werden können, ihre Stromabnahme zu drosseln oder komplett einzustellen.

2. Der energiepolitische Wahnsinn:
Die Bundesregierung zwingt die Wirtschaft mit enormem Druck zur Elektrifizierung, während sie gleichzeitig Kern- und Kohlekraftwerke abschaltet. Der benötigte Ersatz fehlt völlig: Laut Bundesnetzagentur brauchen wir bis 2035 bis zu 35,5 Gigawatt an neuen, steuerbaren Kraftwerken. Der Ausbau kommt jedoch nicht hinterher.

3. Wirtschaftlicher Selbstmord:
Kontinuierliche Produktionsprozesse in der Chemieindustrie oder an Schmelzöfen lassen sich nicht einfach wie eine Schreibtischlampe ausknipsen. Erzwungene Stillstände bedeuten fatale Anlagenschäden, Millionenverluste und treiben die Deindustrialisierung gnadenlos voran.

4. Die Preis-Explosion als Vorbote:
Wie kaputt das System bereits ist, zeigt der Markt: Im dritten Quartal 2026 lag der Großhandelsstrompreis um fast 52 Prozent über dem Vorjahr. Bei Dunkelflauten schoss der Preis zeitweise auf absurde 740 Euro je Megawattstunde hoch.

Fazit:
Staatlich verordnete Stromrationierung ist kein Ersatz für eine sichere Energieversorgung! Wer die heimische Industrie als "Notfallpuffer" missbraucht, um das Scheitern seiner eigenen Energiepolitik zu vertuschen, zerstört das Rückgrat unseres Wohlstands. Wir schaffen immer neue elektrische Abhängigkeiten, ohne die Infrastruktur dafür zu haben. Wenn der Staat diktiert, wann Fabriken produzieren dürfen und wann nicht, sind wir endgültig in der Mangelwirtschaft angekommen.

Sudan schlägt Russland Sonderwirtschaftszone am Roten Meer vor

Sudan sei ein Tor nach Afrika, meint General Abdel Fattah Burhan, der Vorsitzende des Souveränen Rates. Gemeinsam mit Russland könnten mehrere Infrastrukturprojekte umgesetzt werden. Auch der Aufbau einer Freien Wirtschaftszone am Roten Meer sei möglich

In Moskau hat am Freitag ein Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem Vorsitzenden des sudanesischen Souveränen Rates, Abdel Fattah Burhan, stattgefunden. Der sudanesische Armeechef nahm zuvor am dritten Russland-Afrika-Gipfel teil, der in der russischen Hauptstadt abgehalten wurde.

Russlands Staatsmedien zitieren Burhan wie folgt:

"Der Sudan ist ein Tor nach Afrika, und wir können am Roten Meer eine Freie Wirtschaftszone aufbauen, die Russland nutzen kann, um dort Lager für Treibstoff und Weizen zu errichten."

Laut dem sudanesischen Spitzenpolitiker könnten in dem Fall russische Waren nicht nur auf den sudanesischen Markt, sondern auch in andere Staaten des Kontinents geliefert werden. Eine hohe Nachfrage nach Weizen und Kraftstoffen bestehe sowohl im Sudan selbst als auch in anderen afrikanischen Ländern, fügte Burhan hinzu.

Freie Wirtschaftszonen sind räumlich abgegrenzte Gebiete innerhalb

eines Staates, in denen besondere wirtschaftliche Regelungen gelten. Dazu gehören üblicherweise Zoll- und Steuervergünstigungen sowie administrative Erleichterungen.

Burhan schlug Russland zudem eine Beteiligung am Ausbau der Eisenbahninfrastruktur in seinem Land vor. Im Sudan existiere bereits ein Schienennetz, das erweitert werden solle. Entlang der Bahnstrecken könnten ihm zufolge unter Einbeziehung russischer Unternehmen Logistikketten für die Warenbeförderung aufgebaut werden.

Wie der Vorsitzende des Souveränen Rates weiter betonte, verfüge der Sudan über die notwendigen Flächen und Möglichkeiten zur Umsetzung gemeinsamer Projekte, benötige jedoch Investitionen in die Infrastruktur. "Wir sind bereit, in dieser Frage mit Russland zusammenzuarbeiten", erklärte al-Burhan.

"Ich möchte unterstreichen, dass der Sudan ein wichtiger Partner Russlands in der arabischen Welt und auf dem afrikanischen Kontinent ist", sagte Putin beim Treffen in Moskau.

Er teilte auch mit, dass die russische Seite einen Fahrplan für zukunftsträchtige Bereiche der Kooperation zwischen den beiden Ländern ausgearbeitet habe. "Ich möchte Ihnen diesen überreichen und Sie bitten, Ihre Berater, die Mitglieder der sudanesischen Regierung, damit zu beauftragen, ihn sorgfältig zu prüfen und diejenigen Punkte auszuwählen, die Sie für besonders interessant und zweckmäßig für eine Zusammenarbeit halten", meinte Putin.

Die EU wird 42,6 Millionen Barrel Öl aus den Reserven freisetzen, um den Dieselmarkt zu stabilisieren.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben die beschleunigte Freisetzung von Kraftstoffen aus den strategischen Reserven genehmigt, um den Markt vor Beginn des Winters zu unterstützen. Dies gab der europäische Energiekommissar Dan Jørgensen bekannt.

Laut Jørgensen werden alle Anstrengungen unternommen, um die Situation bezüglich des Dieselkraftstoffs zu stabilisieren. Der

europäische Kommissar warnte jedoch, dass die EU-Länder aufgrund der hohen Gas- und Ölpreise einen "schwierigen Winter" erwarten.

„Was den Diesel betrifft, so versuchen wir derzeit, den Dieselmarkt so weit wie möglich vor Beginn des Winters zu stabilisieren. Es fand ein sehr wichtiges Gespräch über die aktuelle Situation der Freisetzung von Öl aus den Reserven statt", sagte Jørgensen.

JB→wer ohne Reserven ist, ist absolut erpressbar – lernen die nie?

Deutschland wird es wahrscheinlich nicht schaffen, die Gasspeicher bis zum 1. November vollständig zu füllen. „Derzeit beträgt der Füllstand der Gasspeicher etwa 62 %, also wird der durchschnittliche Zielwert von 70 % nicht erreicht“, sagte die Sprecherin des deutschen Bundeswirtschaftsministeriums, Ungrad.
